

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis pro Nummer:
Wochensatz 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei im Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepatente Kolonelle
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Insertate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Berliner Volksblatt.
Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. Mittwoch, den 20. September 1899. Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Ein Ritualmord?

Wien, 18. September.

Am Sonnabend ist vor den Geschworenen in Kuttendorf, einem
böhmischen Landstädtchen, ein Prozeß beendet worden, dessen Aufbau
und Führung ganz außerordentlich an die Gegenprozesse des Mittel-
alters erinnert. Die Anklage lautete wohl auf Mord, den ein
23-jähriger Bursche an einem 10-jährigen Mädchen verübt haben
sollte; in Wahrheit wurde aber über nichts anderes verhandelt, als
über die entsehlige Frage, ob das Mädchen von drei Juden ab-
geschlachtet worden sei, um ihr das Blut abzugapfen, das heißt, ob
ein „Ritualmord“ verübt worden ist! Und die Ge-
schworenen haben, um es gleich zu sagen, die Schuldfrage so bejaht,
einstimmig natürlich, daß aus ihrem Votum unzweifelhaft hervor-
geht, daß sie an das verrückte Mädchen glauben und
ihre Ueberzeugung ausdrücken wollen, daß heutige Opfer
jenes Mordes wäre deshalb gefallen, weil die Juden zu
rituellen Zwecken Christenblut brauchen. Der Antisemitismus
in Oesterreich kann nur auf einen großen Erfolg zurück-
blicken; seine eifrigste Agitation hat endlich allen Entsehligkeiten des
Mittelalters zu neuem Glauben verholfen. Als ein Denkmal
österreichischer Unkultur verdient der Prozeß, daß man auch außerhalb
dieses verrotteten Volkes ihn kennen lerne.

Am 30. März dieses Jahres wurde in Polna, einem größeren
Dorfe in Böhmen, ein Mädchen vermißt und nach dreitägigem
Suchen im benachbarten Walde tot aufgefunden. Der Verdacht
leitete sich sofort gegen einen übel beleumdeten und beschäftigungs-
losen Burschen, von dem es bekannt war, daß er dem
Mädchen nachgestellt hatte. Er wurde verhaftet, leugnete jedoch
beharrlich, an der That irgendwie beteiligt gewesen zu sein. Mit
Ausnahme seines schlechten Rufes konnte kein weiteres Verdachts-
moment gefunden werden und der räthselhafte Mord wäre wie viele
andere Unthaten unaufgeklärt geblieben, wenn sich nicht die Anti-
semiten wie auf Kommando der Sache bemächtigt hätten. Der ver-
dächtige Hülner, so heißt der Bursche, ist nämlich ein Jude, und
aus dem ursprünglichen Verdachte, es läge ein Lustmord vor, wurde
im Handumdrehen ein „Ritualmord“ gestaltet. Das Wiener anti-
semitische Hauptblatt schickte nach Polna einen Redacteur, der dort
ein eigenes „Rechtskomitee“ konstituirte, „Jungen“ vernahm, Eingaben
machte, kurz ein förmliches antisemitisches Untersuchungsgericht
etablierte. Mit was für Mitteln da gearbeitet wurde, davon nur ein Bei-
spiel. Der faubere „Journalist“ erzählte in seinem Blatte, er habe den
10-jährigen Bruder des Verstorbenen betrunken gemacht und von ihm
dann „ganz schänderhafte Geständnisse“ erfahren. Schon dieser
Ergisniss war verblüffend; in der Verhandlung kam jedoch heraus,
daß der Anabe über seinen Bruder kein Wort gesprochen hatte!
Als dem „Journalisten“ dieser Widerspruch zwischen seinem Bericht
und den Thatfachen vorgehalten wurde, meinte er: Man müsse doch
erkennen, daß sein Bericht nur eine Frotzelei gewesen sei! Nach
dieser Probe von Gewissenlosigkeit kann man sich vorstellen,
wie es in Polna bei der Fabrikation von Zeugen vor sich ging!
Es fanden sich auch die nötigen „Sachverständigen“ —
zwei Dorfärzte — die unter den pathetischsten Redens-
arten die Behauptung aufstellten, die Leiche sei völlig „blut-
leer“ aufgefunden worden. Als ob das bei einem Leichnam, der
aus einem Dugend Wunden blutend drei Tage lang im Walde
liegt, etwas Auffälliges wäre! Hülner wurde also angeklagt, die
Königs-Prinzeßin ermordet zu haben, und am vorigen Montag
begann der Prozeß, der am Sonnabend mit der Verurteilung des
Angeklagten zum Tode durch den Strang endigte. Es ist natürlich
nicht ausgeschlossen, daß der verlorne Bursche den Mord that-
sächlich vollbracht hat, aber auf geringere Verdienste hin ist wohl noch
nie ein Mensch zum Tode verurteilt worden. Das einzige, was
gegen ihn vorgebracht wurde, war die Möglichkeit, daß er um
die kritische Zeit in dem Walde gewesen sei, wo die Mordthat voll-
bracht wurde — der betreffende Zeuge, der sich erst nach Monaten
gemeldet hatte, will ihn im Walde auf 600 Schritte an dem
Gänge erkannt haben! — und daß eine alte Hofe
von ihm Blutflecke aufwies, wobei bemerkt werden muß, daß das
Gutachten des Prager chemischen Sachverständigen dahin ging,
bei drei Untersuchungsarten wäre das Vorhandensein von Blut-
flecken nicht festzustellen gewesen, erst bei der vierten sei dies ge-
lungen! Im Grunde genommen haben die Geschworenen den An-
geklagten nur deshalb schuldig gesprochen, weil er ein Jude ist und
weil es ihnen als kein zu großes Unglück erscheint, wenn ein Jude
unschuldigerweise hingerichtet werden würde!

Aber die kriminalistische Seite des Prozeßes ist noch das geringste
Sonderbare an dieser Mordaffäre. Ein offenkundiger Skandal
war nämlich das Gerichtsverfahren selbst. Um den „Ritualmord“
zu „beweisen“, konfirmeren sich die Antisemiten den Vorgang in
ganz willkürlicher Weise. Danach wären die Schläge mit den Steinen
und die Drofflung mit einem Steine an dem unglücklichen Opfer
nur vollführt worden, um das arme Mädchen zu betäuben; in
welchem Zustande hätten aber die Thäter das Christenmädchen
geschlachtet und ihm das Blut bis auf den letzten Blutstropfen ab-
gezapft! Obwohl für diese abscheuliche Erfindung auch nicht der
geringste Anhaltspunkt vorlag — denn die noch beschuldigten Juden
konnten ihre Alibi in unzweifelhaftester Weise darthun —, eignete sich
der Staatsanwalt diese Darstellung an, und der Angeklagte
wurde nicht des Mordes, sondern ausdrücklich der Mitschuld am
Morde, der Mitschuld an ganz unbekannter That mit ganz
unbekannten Thätern verurteilt! Was der Staatsanwalt nur
verloren anzubringen wagte, das hätte jedoch der Ver-
treter der Mutter ganz frech hinaus. Unter dem Vor-
wande nämlich, die Erschlagene hätte eifersüchtig für ihre
Mutter sorgen können, wüßten die Antisemiten einen Ver-
treter der „Privatbeteiligten“ — die das Gesetz nur bei

materiellen Gründen anerkennt — als zweiten Ankläger durch-
zusetzen. Dieser nun — es war, für die tschechische Demokratie
ganz bezeichnend, der tschechisch-radikale Landtagsabgeordnete
Dr. Vaxal — hielt im Gerichtssaale eine Rede, die von fanatischem
Blutkrafte nur triefte. Ganz offen sprach er aus, die Christliche
Jungfrau wäre von den Juden nur getödtet worden, um ihr das
Blut abzugapfen; in der Synagoge sei dieser Mord beschloffen
worden, den Gottes Vorsehung ans Tageslicht gebracht habe. Und
unter dem Jauchzen der fanatischen Menge sprachen dann die Ge-
schworenen ihr Schuldig aus.

Man hat das Gefühl, daß man sich selbst erniedrigt, wenn man
gegen dieses Wiederaufleben des dunkelsten Mittelalters polemisiert.
So weit heruntergebracht hat aber die verblöbende Agitation des
Antisemitismus die Kleinbürgerlichen Massen der österreichischen Völker,
daß dieser unwissende Janhagel nun fast davon überzeugt ist, die
Juden nähren sich von Christenblut! Es ist eine wahre Renaissance
des Aberglaubens, aber man würde den Oesterreichern Unrecht thun,
wenn man sagen wollte, daß sie sich dieses grotesken Stumpfsinnes
schämen. Im Gegentheil, er läßt sich harmonisch in das traurige
Bild, das dieses unglückliche Land auf allen Gebieten zeitigt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. September.

Von der „Sammlung“.

Die ministerielle „Berl. Korrespondenz“ hat den
„Kampf“ gegen die beamteten Kanalfeinde und den Bund der
Landwirthe bereits wieder eingestellt und hegt wieder friedlich
gegen die — Polen. Die nächsten Monate wird's dann regel-
mäßig gegen den Umsturz gehen — und die fürchterlich an-
gegriffenen Agrarier können sich also in Ruhe von den
offiziösen Antisemiten säubern.

Dagegen halten es die Schweinburg-Niquellschen „Berl.
Pol. Nachr.“ für geboten, den lustigen Krieg noch ein
Weilchen fortzusetzen. Sie rief den Siegern unentwegt, sich
zu unterwerfen:

„Der einseitige weiter blühende Landwirt wird sich von diesem
Fressliche (nämlich der Meinung, der Kanal werde die Landwirt-
schaft schädigen) unsofort abweisen, wenn er sieht, daß es zu-
gleich auf Wege führt, deren Verfolgung einen gerade vom Stand-
punkte der wirksamen Wahrung der Interessen der Landwirtschaft
besonders bedenklichen Gegenstand zwischen dieser und der Industrie
hervorzurufen geeignet ist und thatsächlich auch bereits einen ge-
wissen Widerstreit zwischen beiden großen Zweigen der
heimischen Produktion zur Freude der gemeinsamen Gegner
jedes Schutzes der schaffenden Arbeit hervorgerufen hat. Je näher
der Zeitpunkt heranrückt, zu dem an die Revision unserer Handels-
beziehungen zum Auslande und zwar vornehmlich zu den Zwischen
wirksameren Schutzes der landwirtschaftlichen Produktion heranzu-
treten ist, umso wichtiger ist die von dem Fürsten Bismarck mit
dem Programm des Schutzes der nationalen Arbeit inaugurierte
feste Waffenbrüderschaft zwischen Industrie und Landwirtschaft.“

Von nicht zu unterschätzendem Gewinne für die Landwirtschaft
wird die Aufgabe des Widerstandes gegen den Rhein-Elbe-Kanal
auch noch deshalb sein, weil damit zugleich der Widerstreit
zwischen einem Teile der Landwirtschaft und der Regierung
beseitigt und ein volles Ver-
trauens-Verhältnis zwischen beiden wieder her-
gestellt wird. Denn wenn die Regierung auch wegen agrari-
scher Widerstände gegen den Rhein-Elbe-Kanal in ihrer Fürsorge
für die Landwirtschaft nicht erlahmen wird, so liegt es doch auf
der Hand, daß die Ueberwindung der großen Schwierigkeiten,
welche eine den Interessen und Wünschen der Landwirtschaft ent-
sprechende Revision unserer Handelsverträge zweifellos bietet, sehr
erleichtert wird, wenn Regierung und Landwirtschaft auf der
ganzen Linie Hand in Hand gehen, während es als eine wesent-
liche Verneinerung der Schwierigkeiten anzusehen ist, wenn zwischen
beiden in einer so wichtigen Frage, wie der Kanalvorlage, ein
Gegensatz besteht.“

Die Bündler werden diesen demüthigen Sammelbrief
natürlich mit großem Behagen dahin agitatorisch verstehen
und benutzen, daß sie sich wild empören über die „Drohung“
der Regierung, bei den Handelsvertrags-Verhandlungen die
Interessen der Landwirtschaft ohne den Kanal nicht so energisch
zu vertreten, wie es geschehen wäre, wenn der Kanal be-
willigt worden.

Sie nützen schalkhaft die Kriegsbegeisterung für ihre
Zwecke aus, und wissen doch sehr wohl, daß es gar kein
Krieg ist.

Die Nachwahl in Pirna.

Der heiße Wahlkampf im Wahlkreise der sächsischen
Schweiz ist mit der Hauptwahl am Montag nicht beendet.
Eine Stichwahl wird endgültig entscheiden zwischen der Social-
demokratie und der Reaktion, die dort unter der Führung
der miserabelsten aller Parteibildungen marschiert.

Doch schon die Hauptwahl bedeutet einen großen Erfolg
der Socialdemokratie. Unsere Stimmengahl hat sich seit der
Wahl im vorigen Jahre sehr bedeutend vermehrt, die
Stimmengahl der Antisemiten, der sogenannten deutsch-socialen
Reformpartei, ist herabgegangen. Der Freisinn, der 1898
nur als Zählkandidatur den Abg. Fischbeck aufstellte, suchte
diesmal durch die Kandidatur eines einheimischen und im
Kreise bekannten Fabrikanten, sowie durch sehr lebhaft
Agitation wieder in ernsthafte Konkurrenz mit den beiden
anderen Parteien zu treten, doch der Erfolg war überaus
mählig.

Nach einem Wolff-Telegramm vom Dienstagabend ist das
Ergebnis folgendes:

Frähdorf (Soc.) 11 450, Lohe (Resp.) 10 495, Stroh-
bach (freis.) 1814 Stimmen. Aus einigen kleinen Ori-
schäften, die für Lohe günstig sein dürften, fehlen noch die
Ziffern.

Nach dem vorliegenden Ergebnis hat die antifemische
Reformpartei einen Verlust von 623 Stimmen seit dem Vor-
jahre. Der Freisinn gewann 1162, der Socialdemokrat
1443 Stimmen.

Der Vertreter eines „Gesetzes zum Schutze der
Arbeitswilligen“ verlor trotz der Zunahme der Wahl-
berechtigten über 600 Stimmen, die Feinde des Zuchthaus-
gesetzes gewannen zusammen 2605 Stimmen!

Die Entwicklung der Parteien im Wahlkreise Pirna-Sebnitz
bietet ein sehr interessantes Bild.

Die socialdemokratische Partei hat sich im 8. sächsischen Reichstags-
Wahlkreise schon 1871, als das erste Mal zum deutschen Reichstages
gewählt wurde, und seither immer an den Wahlen beteiligt. Bis
zum Jahre 1887 wollte es nicht recht vorwärts gehen. Wir erzielten
bei der Wahl 1887 nicht viel mehr Stimmen, als 13 Jahre vorher,
1874. Sechzehn Jahre war der Wahlkreis eine Hochburg des
Liberalismus; auch die Arbeiterchaft leistete dem Liberalismus
bis 1887 zahlreiche Heeresfolge. Von da ab wendet sich die Arbeiter-
schaft von den immer mehr und mehr sich dem Volksgeliste entfremdenden
liberalen Wortführern ab. Das Bürgertum geht immer mehr in
das reaktionäre Lager über, und die Vertretung der allgemeinen
freihheitlichen, und der besonders Arbeiterinteressen wird von der
emporwachsenden politischen Organisation der Arbeiter, der Social-
demokratie, übernommen wird.

Bis Mitte der 80er Jahre gab es im Kreise eine ausgesprochene
politische — ausgenommen eine einzige örtliche — Organisation
überhaupt noch nicht. Ein guter, alter Stamm — ziemlich
klein — von Genossen besorgte, so gut es unter dem
Socialistengesetz eben ging, einzig und allein von den
zwei Städten Pirna und Sebnitz aus die Agitation im Kreise. Im
Jahre 1888 wurde unter unglücklichen Mühen und Erschwernissen
der „Vollbildungs-Verein“ in Pirna gegründet, welcher als Grund-
lage für die heute bestehende sehr gute Kreisorganisation gedient hat.
In Pirna hat sich im Laufe der Jahre neben der politischen auch die
gewerkschaftliche Bewegung rapid entwickelt. Die seit 1888 ganz
energisch und systematisch betriebene Organisation des Proletariats
findet ihren Ausdruck in den seit der Zeit sprunghaft steigenden
Wahlziffern. 1887, als der verstorbene Dresdener Parteigenosse
Jakob Peters im Kreise kandidierte, erhielt die Socialdemo-
kratie nur 1711 Stimmen; 1890 kandidierte Genosse Sturm
und erzielte bereits 3922 Stimmen. 1893 schloß im sächsischen
Sachsen der Antisemitismus empor, er zog gleichzeitige konservative
und freisinnige Stimmen an sich, aber die Socialdemokratie wuchs
gleichzeitig auf 7989 Stimmen und gelangte zum erstenmale in die
Stichwahl, in der sie 9728 Stimmen gegen 12 430 Stimmen der
„Reform“partei aufbrachte. Am 16. Juni 1898 erzielten wir
10 007 Stimmen gegen 11 118 antisemitische. Bei der jetzigen Wahl
— in der Zeit der Dresdener Zuchthausurteile und des Reichs-
Zuchthausgesetzes — ist die Socialdemokratie zur stärksten
Partei im Kreise geworden und die bevorstehende Stich-
wahl ist im höchsten Maße aussichtsreich.

Unsere Parteifreunde in den herrlichen Gebieten des sächsischen
Sandsteingebirges haben sich trefflich bewährt. Wäge die nächste
und letzte Etappe des Wahlkampfes den Sieg über die unfaubere
Gegnerchaft des antisemitisch-reaktionären Klüngels vollenden!

Nachstehend geben wir eine zahlenmäßige Uebersicht über die
Entwicklung der Parteien im Kreise.

(Die Parteizugehörigkeit des gewählten Abgeordneten ist aus den
seitgedruckten Zahlen ersichtlich.)

Table with 10 columns: Jahr der Wahl, Wahlberechtigte, Abgegebene gültige Stimmen, Von den abgegebenen gültigen Stimmen erhielten: Deutsche Rp., Fortschritt-Partei, Socialdemokraten, Antisemiten, Von 100 abgegebenen Stimmen erhielten: Deutsche Rp., Fortschritt-Partei, Socialdemokraten, Antisemiten. Rows include years 1871, 1874, 1877, 1878, 1881, 1884, 1887, 1890, 1898, 1898.

\*) Befinden sich bei einer Jahreszahl Klammern, so giebt die
erste Reihe die Daten der Hauptwahlen, die zweite die der Stich-
wahlen an.

Begnadigt.

Aus Paris wird telegraphiert:
Der Ministerrat hat die Begnadigung Drexfus' im Prinzip
beschlossen, dieselbe wird in einigen Tagen zur Ausführung ge-
langen. Drexfus hat seinen Revisionsantrag zurückgezogen.
Die Begnadigung befreit das Opfer der französischen
Militärjustiz von den Qualen des Strafvollzuges, unter
denen der Körper des Mannes völlig zerrüttet wurde, so daß

ihm die Vergleiche nur kurze Lebenszeit gewähren. Die Begnadigung bedeutet eine Abgabe der Regierung gegen das Urtheil von Rennes. Gatten die Kriegesrichter, Abschied sie durch Zuhilfenahme „milderer Umstände“ ihren Zweifel an der Schuld Dreyfus' bekundeten, das Verbrechen der Verurteilung des Unschuldigen begangen, so bedeutet die Begnadigung nicht einen Straflass aus Mitleid, sondern eine Erklärung, daß der Verurteilte keine Strafe verdient. Der Verurteilte würde ebensowenig Begnadigung erwarten können, als ihm „mildernde Umstände“ zukommen. Wird er begnadigt, so ist er als schuldig anerkannt.

Wenn Dreyfus den Revisionsantrag zurückgezogen hat, so dürfte dies nur geschehen sein in der Hoffnungslosigkeit, bei dem militärischen Revisionsgericht, das nur über Formfehler im Prozeßverfahren zu urteilen hat, Recht zu finden. Der Kampf um die Wiederherstellung der Ehre, um die Anerkennung der Unschuld durch die Justiz kam darum nicht endigen. Mit der Beseitigung der körperlichen Leiden ist die auf dem Unschuldigen lastende Schmach der Verurteilung als Landesverräter nicht ausgelöscht. Und das erregte Gewissen der französischen Nation wird nicht zur Ruhe kommen, ehe denn das begangene Unrecht gestrichen ist. Wie es heißt, wird Dreyfus alsbald nach endgültig erfolgter Begnadigung mit seiner Frau nach England übersiedeln; kein Zweifel, daß die Kämpfer ums Recht, die Jaurès, die Zola und Labri den Kampf unentwegt fortführen werden, nicht nur den Kampf für die Unschuld des Dreyfus, sondern vor allem den noch weit schwereren und bedeutsameren Kampf gegen das System des Militarismus und der Militärjustiz.

Am gleichen Tage, da die Nachricht von der Begnadigung Dreyfus' kommt, wird der Tod eines hervorragenden und ruhmvolle Rolle spielte. Senator Schurer-Restner ist am Dienstag nach kurzer Krankheit verstorben.

## Deutsches Reich.

**Für die Besichtigung der Pariser Weltausstellung**  
sind starke und hohe Einfüsse geltend gemacht worden. Wie eine Korrespondenz berichtet, habe man an höherer Stelle zwar die loyalen Gründe der Ausstellungsgegner anerkannt, nichtsdestoweniger aber gefunden, daß in diesem Falle die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in erster Linie verlässigt werden müßten. Infolgedessen hat sich das deutsche Kommissariat für die Weltausstellung vor etwa acht Tagen veranlaßt gesehen, ein Rundschreiben an die geneigte Gruppe der Aussteller zu richten. In dem Rundschreiben wird, im Gegensatz zu der in der Anlauffrage befolgten Regierungspolitik, betont, daß es sich nicht um eine politische, sondern um eine rein wirtschaftliche Frage handle. Infolge dieses Circulars hat der größte Teil der betreffenden Aussteller ihre Absage zurückgezogen.

Die Bemühungen, die man heute von amtlicher Seite für die Weltausstellung aufwendet, stehen sehr vorteilhaft von dem behördlichen Boykott ab, der 1889 über Paris verhängt wurde. Damals wurde die Weltausstellung nicht nur nicht unterstützt, sondern über die deutschen Künstler, die auf eigene Faust in Paris ausstellten, brach eine so große „patriotische“ Entrüstung aus, daß Reinhold Wegas ein von ihm ausgestelltes Werk heimlich wieder zurückziehen ließ.

1889 war also die Besichtigung der Pariser Weltausstellung noch nicht eine rein wirtschaftliche Frage.

**Die Aussperrung vom Hof.** Die nächste politische Konsequenz aus der Verbanung der Hofwürdenträger vom Hoflager ist, so schreibt die „Freie Ztg.“, daß man künftig Personen, die in irgend welcher Beziehung zum Hofe stehen, insbesondere Kammerherren, weder in das Abgeordnetenhaus noch in den Reichstag wählt. Sollten die Konservativen anderer Ansicht sein, so muß es Aufgabe der Liberalen sein, darauf hinzuwirken, wie sehr es nach den maßgebenden Gesichtspunkten solchen Hofwürdenträgern erspart wird, eine selbständige politische Haltung gerade in wichtigeren politischen Fragen zur Geltung zu bringen.

**Die Sehnsucht nach der Socialdemokratie.** Das Organ der Arbeiter, die „Rhein.-Westf. Ztg.“ führt fort, die socialdemokratische Hilfe zur Rettung der Kanalvorlage zu erwirken. Auf einer Stützpartei-Parteiversammlung war angeregt worden, die Kanalfrage auf die Tagesordnung des Hannoverischen Parteitages zu setzen; der Antrag wurde abgelehnt, weil der Parteitag schon ohnedies fast überlastet ist. Die „Rhein.-Westf. Ztg.“ wittert dahinter eine schlimme Intrigue. Die socialdemokratische Zeitung hat es zu verhindern gewünscht, daß man den Parteitag wegen einer Kundgebung für den Kanal in Anspruch nehme. Die Parteimitglieder erkannten es allen Ernstes als ihres Amtes, dem Gesamtverband und dem Parteitag eine Verlegenheit zu ersparen, und glaubten gewiß sehr ernsthaft zu verfahren, indem sie irgend einen Gegenantrag vorschoben, damit der Parteitag keinesfalls genötigt wäre, den Genossen darzulegen, warum man sich mit solchen praktischen Interessenfragen des Tages nicht befassen will.

Warum es dem Parteitag eine Verlegenheit bereiten soll, die jämmerliche Verhältnisse unserer Verhältnisse, die politische Ohnmacht der Bourgeoisie, die Unfähigkeit der Regierung, die Kleinherzlichkeit des Ministeriums gebührend zu geißeln, das wird wohl die „Rhein.-Westf. Zeitung“ selbst nicht wissen. Aber das Blatt könnte uns auf eine ernstere Probe hinsichtlich unserer Kanal-Freundschaft stellen. Es braucht bloß in seinen Kreisen dafür zu sorgen, daß das Landtags-Wahlrecht geändert wird, damit wir parlamentarisch für die Vorlage eintreten können.

**Gleiche Brüder.** Die „Konf. Korresp.“, das offizielle Organ der konservativen Partei, schreibt im Sonderdruck:

Es wird auch in offiziellen Prekorganen versucht, zwischen der konservativen Partei und dem Bunde der Landwirte Zerwürfnisse herbeizuführen. Demgegenüber ist festzustellen, daß von Seiten des Bundes der Landwirte nichts geschieht, was einem konservativen, königstreuen Namen verbieten oder ihn verhindern könnte, dem Bunde der Landwirte als Mitglied anzugehören. Ferner muß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Bedenken in der konservativen Partei gegenüber dem Projekt des Rhein-Ebe-Kanals schon lange, bevor der Bund der Landwirte ins Leben getreten war, sich geltend gemacht haben, daß es also unrichtig ist, wenn die Sache so dargestellt wird, als sei der Bund der eigentliche Träger der „Kanalopposition“.

Wenn sich die Regierung nun nicht unterwirft!

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat bisher immer noch keine Zeit gefunden, das Datum anzugeben, wann die Polizei die Mitglieder des Bundes der Landwirte eingefordert hat. Es liegt ihr also nicht daran, die Anklage agitatorischer Pläne-Politik zu unterstützen.

**Die Unverlässigkeit der preussischen Gewerbeberichte.**

In der Rheinische Zeitung schreibt:  
In den Jahresberichten der preussischen Regierungen und Gewerbeberichte das Jahr 1898 bemerkt der Regierungs- und Gewerbe- rat Goebel-Köln:

Die Gewerbeberichterstattung der Gewerkschaftskartelle haben durch unrichtige Aufnahmen unberechtigter Klagen und durch Aufhäufung von Kleinigkeiten mehr geschadet als genutzt. Sie hatten wohl auch weniger die Absicht, das Vertrauen der Arbeiter zu

den Beamten zu stärken, als sich selbst als Mittelglied einzuschleichen und dadurch die Entfernung zwischen beiden Seiten zu vergrößern.

Dieser Entstellung gegenüber, die ganz im Stille des neulich veröffentlichten Erlasses des verstorbenen Ministers für Socialreform, Herrn von Bötticher, gehalten ist, beschränken wir uns auf die Erklärung, daß im Jahre 1898, und nur auf dieses bezieht sich der Bericht, unsererseits nicht einmal mehr der Versuch gemacht worden ist, wegen Abstellung und Übermittlung Beschwerden bei einem der Herren Gewerbe-Inspektoren der Regierungsbezirke Köln vorzulegen zu werden. Ebenso wenig sind, wie wir festgestellt haben, seitens der in Wülheim am Rhein und Bonn bestehenden Kartellkommissionen derartige Schritte gethan worden. Im Auftragsbezug Köln bestehen aber weiter keine Kartellkommissionen. Wie müssen deshalb die oben citirte Äußerung des Herrn Gewerbe-Rats als jeder thatsächlichen Grundlage entbehrend bezeichnen.

Köln, den 15. September 1899.

Die Kartellkommission der Gewerkschaften Köln.  
Die Redaction unseres rheinischen Parteiblattes sagt hinzu, daß in den Berichten der preussischen Gewerbe-Räte aus den letzten drei Jahren, also von 1895, 1896 und 1897, unter Köln die Gewerbe-Kommissionen der Kartelle gar nicht erwähnt sind. Herr Köbel kann sich also auch nicht einmal auf frühere Erfahrungen berufen. Es scheint, daß Herr Köbel daran liegt, den Kölner Fabrikanten in Erinnerung zu bringen, daß er nicht die Fäden seines Vorgängers zu wandeln gewagt ist, der es nicht verstanden hat, mit den Arbeiterorganisationen zu unterhandeln, dafür allerdings auch den Staat der Rheinischen Metropole vor seinen Füßen schütten mußte. Weil die Angaben des Herrn Köbel über die Gewerkschaftskartelle jeder thatsächlichen Grundlage entbehren, so verdient die Unterschreibung unläuterer Motive, die Herr Köbel in obigem Satze sich den Gewerkschaftskartellen gegenüber erlaubt, eine um so schärfere Zurückweisung.

**Er bleibt!** Eine Freudenhande durchhält die aufatmende Welt. Herr Lieber geht nicht nach Ostasien. Er hat das jetzt selber erklärt.

Sein von der „Aöln. Volksztg.“ eben noch betruerter schlechter Gesundheitszustand hat sich also schneller gebessert, als selbst mittels eines Gebetswunders zu geschehen pflegt. Dagegen hat es sehr lange gedauert, bis er sich entschlossen hat, die zuerst von der „Frankfurter Zeitung“ veränderte Chinareise aufzugeben. Vermuthlich hat der päpstliche Verwandten-Artikel der „Aöln. Volksztg.“ dazu beigetragen, den renommierten Kuchhändler zum Bleiben zu veranlassen.

**Minister der Salbung.** Mit sehr frommen Reden haben sich der frühere Kultusminister Vosse von seinen Beamten und der neue Kultusminister Studt von seinen Westfalen verabschiedet.

Die Kultur wird also fortgesetzt im Zeichen der Salbung stehen. Der Kurs bleibt der alte.

**Kirche und Kaiser.** Im Pauerverein zu Lützenhausen hat der Centralrat Schäbler folgendes geredet:

Vor wenigen Tagen hat der deutsche Kaiser in Straßburg gesagt: In den heutigen bewegten Zeiten, wo der Geist des Unglaubens durch die Lande zieht, sei der einzige Halt und der alleinige Schutz der Kirche habe, die kaiserliche Hand und das Wappenschild des deutschen Reiches. Wir ehren die entschlossene christliche Bestimmung des deutschen Kaisers, wie wir auch mit Dank anerkennen, was er den Katholiken Deutschlands zur Freude gethan mit der Erwerbung der Domination in Jerusalem. Aber, meine Herren, das täuscht und nicht hinweg über die nächsten Thatlagen, und bei aller Verehrung legen wir Verwahrung ein gegenüber dem Worte, daß die kaiserliche Hand und das Wappenschild des Deutschen Reiches der einzige Halt und der alleinige Schutz sei, den die Kirche hat. Die Kirche, als von Gott gegründet, steht nicht unter anderer Hand und unter anderem Schutz (Brauoh, und die Kirche, die auf fast 2000 Jahre zurückblickt, sie darf ruhig sein, wie sie ruhig war gegenüber Reichern von einem tausendjährigen Bestand, auch gegenüber einem Reich und einem Wappenschild von 26 Jahren.

**Künstler und Buchhaus.** Der in Würzburg abgehaltene 16. allgemeine bayerische Handwerkerkongress hat in einer Resolution alle bayerischen und deutschen Handwerker-Organisationen und Handwerksmeister aufgefordert, die Petition für die Buchhausvorlage zu unterstützen. Wenn das dem Handwerker nicht ausreicht, dann ist der „goldene Boden“ endgültig verloren.

**Gegen die Parteijustiz** veröffentlicht der Reichsgerichtsrat a. D. Stenglein in den „Deutschen Stimmen“ einen Artikel, in dem er ausführt, parteipolitische Einseitigkeiten müssen von der Justiz ferngehalten und Elemente ausgeschieden werden, die sich ihren Parteibestrebungen als Aufseher hingeben. Wo wendet sich Stenglein gegen Auffassungen, wie sie von dem sächsischen Ober-Landesgericht vertreten werden? Mit nichten! Denn an diesem Stenglein wächst dieses Anspiel:

Nicht zum wenigsten aber muß Sorge getragen werden, daß nicht auch socialdemokratische Elemente in den Richterstand einbringen. Nur so sehr ist es bereits Gewohnheit geworden, die alles unterwühlende, alle Ideale mit Hohn begeißelnde, allen Versteckenden feindselige Partei, die keine Grundfrage des Staates als berechtigt anerkennt, als eine gleichberechtigte Partei anzusehen und zu behandeln, und damit ihren Anschuldigungen eine Geltung zuzugestehen, welche die Anhänger der bestehenden nie zugestehen sollten. Wer den Streit erklärt, muß es sich gefallen lassen, als Feind behandelt zu werden. Vor allem aber videtur consules, no quid res publica detrimenti capiat (die Regierung möge sehen, daß der Staat keinen Schaden nehme), indem die socialdemokratische Richtung in die Lage kommt, an den Grundpfeilern der Staatsordnung, an der Justiz zu rütteln.

Herr Stenglein erkennt also das Fundament des Rechts in der Rechtsungleichheit oder der Rechtsaufhebung. Unter parteipolitischen Einseitigkeiten scheint er lediglich die socialdemokratische Anschauung zu verstehen, daß vor dem Gesetze alle gleich seien.

**Zum Gerichtsstand der Presse.** Vor einiger Zeit hatte das Amtsgericht (Wunzenhausen Bayern) sich in der Privatklage des dortigen Realhau-Vektors Fid gegen den Redacteur des „Rhein. Anzeiger“, Klein, wegen Verleumdung als unzulässig erklärt, da der alleinige rechtmäßige Gerichtsstand Nürnberg, der Erscheinungsort des „Rhein. Anz.“ sei. Der hiesige Rechts-anwalt hat gegen dieses Abweisurtheil Beschwerde an das Landgericht erhoben, das jedoch unterm 5. dieses Monats die Beschwerde als unbegründet verworfen und den Privatkläger in die durch die Beschwerdeführung veranlaßten Kosten einschließend der dem Privatkläger notwendigen notwendigen Auslagen verurteilt hat. In seinen Gründen stützt sich das landgerichtliche Abweisurtheil ganz denen des Amtsgerichts an und bemerkt noch, daß diese Rechtsanschauung im Einklang an v. Schwarze, Reichspreßgesetz III. Aufh. S. 146, als die herrschende bezeichnet werden darf, und daß sie auch — im Gegensatz zur reichsgerichtlichen Rechtsprechung — in der Praxis mehr und mehr zur Geltung komme.

**Nicht begnadigt.** Die Nachricht, die Frau des früheren Oberförstern Verlaß sei infolge von Begnadigung aus dem Zuchthaus Hassenberg entlassen worden, bestärkt sich nicht. Eine Begnadigung ist bisher nicht erfolgt. Frau Verlaß hat, wie erinnerlich, ihr Dienstaabden zu Tode geprügelt.

**Aus Fessen, 17. September.** (Fig. Ver.) Am Sonnabend ist in Fessen (Oberhessen) der als Großgrundbesitzer bekannt Herr Hermann von Solms-Hohensolms-Lich infolge eines Schlaganfalls im Alter von 61 Jahren gestorben. Der Herr besaß — nach den Angaben des amtlichen Organs in Fessen — nicht weniger als 220 Quadratkilometer Grund und Boden, das sind 22 000 Hektar, oder, nach der in Fessen üblichen Bezeichnung: 88 000 Morgen Land. Als Großgrundbesitzer war der Herr von Fessen, dem im übrigen nach-

gefragt wird, daß er ein recht ungänglicher Herr war, den Kleinbauern wie ein Dorn im Fleische. Zu dem in der zweiten heftigen Nummer noch nicht erledigten Sachen gehören auch die „Vorstellungen von Kleingrundbesitzern von sich um gefällige Maßnahmen gegen die Ausdehnung des fürstlich Solms-Hohensolms-Lichischen Waldes in dortiger Feldgemarung.“ — Der Herr von Fessen war erbliches Mitglied des preussischen Herrenhauses und „geborenes“ Mitglied der ersten heftigen Kammer.

**Erhebungen** über die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe will der heftige Landwirtschaftsrat veranstalten. Insgesamt sollen in 19 Gemeinden des Großherzogthums je 2 bis 3 verschiedene große Güter, die als typisch gelten können, auf ihre Rentabilität untersucht werden. Zur Untersuchung sollen angeblich unparteiische Sachverständige beauftragt werden. Ob die der Landwirtschaft zur Verfügung hat?

Die Blättermeldung, daß Prof. Schiller noch nachträglich mit einem Orden beehrt sei, ist natürlich unwahr. Der Orden ist in Wirklichkeit eine wilde Ente.

**Die „leidende Gesundheit“.** Aus Baden wird uns geschrieben: Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß für unsere Regierungen die „leidende Gesundheit“ des öfteren als Vorwand dienen muß, wenn es gilt, staatliche Beamte, die sich in ihrem dienstlichen Verhalten irgend eine Verfehlung haben zu Schulden kommen lassen, auf möglichst unauffällige Weise von ihrer Stellung zu entfernen. Im badischen „Musterlande“ haben erst die allerjüngsten Tage einige derartige Fälle gebracht, in denen bei Männern in hohen Beamten- und Lebensstellungen die Zurücksetzung ohne weiteren Zusatz wegen „leidender Gesundheit“ ausgesprochen wurde, obwohl die öffentliche Meinung genau wußte, daß bei diesen Maßnahmen der Regierung wohl ganz andere Gründe maßgebend waren. Gegen diese Unwahrscheinlichkeit, die sich in einem derartigen Verfahren der obersten Staatsbehörden kundgibt, sieht sich jetzt selbst die nationalliberale, regierungsfremde „Straßburger Post“ veranlaßt, Front zu machen. In einer aus höheren Beamtenkreisen stammenden Karlsruher Korrespondenz des genannten Blattes heißt es mit Beziehung auf zwei in den letzten Tagen erfolgte Zurücksetzungen von höheren badischen Beamten, die auch wieder, obwohl ferngeleitet und im besten Mannesalter stehend, ihrer „leidenden Gesundheit“ zum Opfer gefallen sein sollen, wie folgt:

„Wöllig fern liegt es uns, hier zum Nachtheil der Besten einen Urtheil zu fällen; sie sind ja von einem herben Geschick betroffen, auch wenn ein eigenes Versehen dabei die Unterlage bildet. Aber vom Standpunkt der staatlichen und moralischen Autorität darf doch wohl die Ansicht hier Raum finden, daß man damit der öffentlichen Kritik — der stummen vielleicht noch mehr als der lauten — eine Handhabe giebt, wie sie für gewisse an dem Unterbau unseres Gesellschaftslebens rüttelnde Agitatoren nicht besser gedacht werden kann. Ein Strafverfahren liegt nicht vor; es handelt sich um Zurücksetzungen mit Bewilligung von Ruhegehalt. Wird dieser Bescheid schlecht und recht ausgeprochen, so fehlen die Anhaltspunkte vollständig, an die sich jetzt in sehr besonnenen Kreisen eine Kritik knüpft, die man sicherlich nicht ohne weiteres zurückweisen wollen.“

Also auch hier wieder ist es die Angst vor den „an dem Unterbau unseres Staates rüttelnden Agitatoren“, die das fromme Regierungsoberhaupt zum Austritt gegen öffentliche Mißbräuche veranlaßt. Wir quittieren über diese Anerkennung eines neuen ehrenvollen Erfolges unserer „unfürzlerischen“ Thätigkeit mit Freuden.

## Rechtszustände in Elsaß-Lothringen.

Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: Nachdem, wie seiner Zeit mitgeteilt, die Strafkammer des Landgerichts Meß in der Strafsache gegen den Steinbauer May wegen Vergehens gegen das Vereinigefen ein freisprechendes Urtheil gefällt und entschieden hatte, daß der von May gegründete Filialverein des Central-Landes der Maurer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands gesetzlich erlaubt sei, ohne daß die Verwaltungsbehörde um Erteilung der Genehmigung angerufen zu werden brauchte, durfte man gespannt darauf sein, welchen Bescheid das Ministerium für Elsaß-Lothringen auf die Beschwerde erteilen würde, mit der die Holzarbeiter des unweit Straßburg gelegenen Industrie-Ortes Schiltigheim bei ihm vorstellig geworden waren, nachdem durch Verfügung des unter-einstufigen Bezirkspräsidiums ihnen die Genehmigung zur Gründung eines Zweigvereins des deutschen Holzarbeiter-Verbandes versagt worden war. Die Entscheidung des Ministeriums ist nunmehr eingetroffen und lautet kurz und bündig dahin:

Auf die Eingabe vom 21. Juli d. J. eröffne ich Ihnen, daß die Prüfung des Antrages auf Genehmigung eines Zweigvereins des deutschen Holzarbeiter-Verbandes in Schiltigheim mit keinem Anlaß gegeben hat, eine Abänderung der Entscheidung des Herrn Bezirkspräsidenten hierseits vom 17. Juni d. J. eintreten zu lassen. Ministerium für Elsaß-Lothringen, Abteilung des Innern.

(gez.) Puttkamer.

Der Rechtszustand, der sich für die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung Elsaß-Lothringens aus diesem kabinetsmäßigen Puttkamerischen Regierungsbefehle ergibt, ist ein ganz ungeheurerlicher. In Meß entschied ein Gericht, daß es für die Arbeiterschaft bei Gründung unpölitischer gewerkschaftlicher Vereinigungen der bisher stets verlangten Genehmigung durch die Verwaltungsbehörden gar nicht bedürfe, weil durch den § 152 der Reichsgewerbeordnung alle entgegenstehenden Bestimmungen der französischen Gesetzgebung aufgehoben worden seien; in Straßburg verweigert die oberste Regierungsbehörde einem derartigen, vor Bekanntwerden der Meßer Gerichtsentscheidung eingereichten Genehmigungsersuchen ihre Zustimmung, obwohl das Urtheil der Meßer Richter und seine Begründung ihr inzwischen zweifellos zur Kenntnis gekommen sind. Den Schiltigheimer Holzarbeitern bleibt also nichts anderes übrig, als ihren Verein ohne polizeiliche Genehmigung ins Leben zu rufen und dann abzuwarten, ob es die Staatsanwaltschaft zu Straßburg für geboten erachtet, gleich ihrer Meßer Kollegin das Strafverfahren gegen die Täter einzuleiten und sich und dem Ministerium Puttkamer dann vor dem Landgericht der Reichshauptstadt eine eklatante Niederlage zu holen. Denn daß die Straßburger Richter in der vorliegenden Frage einen anderen Standpunkt einnehmen und damit konstatieren sollten, daß, was in Meß erlaubt, in Schiltigheim verboten sei, das halten wir für absolut ausgeschlossen. Auf alle Fälle aber stellt der Zwischenfall zwischen Justiz und Exekutive, wie er in dem Meßer Gerichtsurtheil einer- und der ministeriellen Verfügung andererseits zum Ausdruck kommt, den Rechtszuständen im Lande der „wiedergewonnenen Brüder“ ein Zeugnis aus, wie es blamabler kaum gedacht werden kann.

## Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Die Strafkammer des Landgerichts Straßburg i. E. verurtheilte den Arbeiter Leo Meyer aus Dittlenheim wegen Majestätsbeleidigung unter Umständen minderer Umstände zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Der Verurteilte war bei der dies-jährigen Feier von Kaiser's Geburtstag mit einem Gefangenen in Streit geraten, in dessen Verlauf der Herr stark betrunkenen Mann auch der Person des Kaisers Ernennung that. Diese seine Äußerungen wurden von anwesenden Ober-zeugen zur Anzeige gebracht, worauf die Staatsanwaltschaft das Strafverfahren einleitete. Meyer hatte sich daraufhin zunächst der Verfolgung durch die Gendarmen entzogen, stellte sich aber Ende Juli d. J. freiwillig den Behörden.

Der Arbeiter Vincent Grabaverz aus Gnesen wurde am 18. d. M. von der Strafkammer zu Gnesen mit vier Monaten Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung bestraft. In Gnesen wurde wegen Majestätsbeleidigung die 45 Jahre alte Eisenbahnarbeiterfrau Marie Dorn aus Rauschen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Anfang Juni d. J. eines Abends, säßigte die Angeklagte ihren Sohn, weil dieser nicht

den Befehlen der Mutter gehorchen wollte. Als die Mutter nun nochmals ihren schreienden Jungen schlug, suchte der Grubenarbeiter Handrad für ihren Vorhaben abzubringen, indem er ihr sagte: „Gehen Sie doch den Jungen nicht so, der Kaiser braucht Soldaten!“ Hierauf hat die Dorn mit Worten erwidert, die eine Majestätsbeleidigung involvieren.

## Ausland.

### Transvaal.

Londoner Finanzkreise rechnen bestimmt mit Krieg. Die dreißig wichtigsten südafrikanischen Minenpapiere haben im Vergleich zu den Kursen vom 1. Juni um 45 Millionen Pfund Sterling an Wert verloren. Es wird aber angenommen, daß die englische Regierung die Kriegserklärung noch längere Zeit hinausziehen will, um die Rüstungen zu vollenden und größere Truppenmassen in Südafrika zu ver sammeln. Es fragt sich, ob Transvaal abwarten wird, oder ob es in der Ueberzeugung, daß der Krieg unvermeidlich, selbst loszuschlagen wird. Bereits haben die Vorräte bedeutende Truppenmassen und Vorrat an der Grenze von Natal zusammengezogen.

**Kapstadt, 19. September.** Hier laufen andauernd Gerüchte um, daß die Regierung der Südafrikanischen Republik gestern dem britischen Agenten in Pretoria eine zweite Depesche übergeben habe, welche einen verächtlichen Charakter trage. Es ist indessen nicht möglich, eine Bestätigung dieser Gerüchte zu erlangen. In gewissen Kreisen ist man jedoch der Ansicht, daß die Haltung Transvaals Anzeichen von Verrat enthält, wahrscheinlich infolge des Einflusses des Orange-Freistaates.

### Hochverratsprozess in Serbien.

Nachdem der Staatsanwalt am Montag seine Anklageerhebung beendet hatte, begannen die **Plädoyers der Verteidiger.** Der Verteidiger des Attentäters Knezewitsch stellt fest, daß letzterer auf Anstiften gehandelt habe, ein Werkzeug gewesen sei und seinen Kopf für Geld aufs Spiel gesetzt habe. Er ersucht, Knezewitsch nicht zum Tode, sondern zu lebenslänglicher Zwangsarbeit zu verurteilen.

Der Advokat **Moskitch** verteidigt zunächst die radikale Partei und erklärt, dieselbe sei niemals antidynastisch gewesen; er plädiert sodann für **Nicolitch** und führt aus, es wäre eine Sünde, Nicolitch Teilhadererschaft an dem Attentat zuzuschreiben; gegen ihn liege nur eine verächtliche Aussage Knezewitschs vor. Der Schlüssel der Verschönerung liege bei Angeltitch, der sich durch seinen Selbstmord schuldig bekannt habe. Sodann plädiert **Moskitch** für **Protitsch** und erklärt, dessen Antrag auf Steuerverweigerung sei erfolglos geblieben; schließlich spricht **Moskitch** für **Stanojewitsch** und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß seine drei Klienten nicht verurteilt werden würden, da die Anklage nicht genügend bewiesen sei.

Der Verteidiger **Spartaly** plädiert für **Kovazewitsch** und **Kailowitsch** und erklärt, es sei kein Beweis erbracht, daß Kovazewitsch in das Attentat oder in den Hochverrat verwickelt gewesen sei, ebenso wenig dafür, daß **Kailowitsch** an dem Komplott teilgenommen habe. Der Verteidiger erhofft milde Strafen.

Der Verteidiger **Dimitsch** führt aus, es sei gegen den Angeklagten und die Radikalen kein Beweis erbracht. Die Zee, König Milan zu ermorden, sei in Cetinje entstanden und sodann in Bukarest weiter erörtert worden. Man habe gehofft, mit Hilfe von Karageorgewitsch die Könige Milan und Alexander zu beseitigen. Dies sei das Geheimnis der Reise des Knezewitsch nach Bukarest. Der Verteidiger verlangt Freispruch für **Dimitsch**.

Der Verteidiger von **Pastitsch** führt aus, das die Auforderung zur Steuerverweigerung enthaltende Protokoll beweise, daß in dieser Hinsicht keinerlei Beschluß gefaßt wurde. Etwas, was lediglich Mittel im politischen Kampf sei, dürfe nicht strafbar sein. Weder **Pastitsch** noch die radikale Partei seien für die Agitationen im Auslande verantwortlich. Der Verteidiger verlangt Freisprechung aller Angeklagten mit Ausnahme von **Knezewitsch**.

In der Dienstags-Sitzung plädieren die Verteidiger **Lau-fanowitsch** für dessen Freisprechung, da er sich weder antidynastischer Handlungen noch des Hochverrats schuldig gemacht habe. Die ihm zugeschriebene Broschüre rühre von Volagitsch her, seine Apothemen seien Ueberlegungen aus einem Gesichtswerte Mantel. Die **Kerkerung**: „Milan sei ein außerordentlicher Mensch“, müsse in einem dem Könige Milan günstigen Sinne gedeutet werden.

### Frankreich.

**Paris, 19. Septbr.** Die Wähler der Revisionisten und fortschrittlichen Republikaner gegen der Meinung Ausdruck, man könne, nachdem die Anklage gegen den Oberstaatsanwalt vor dem Staatsgerichtshof verlesen, unmöglich das Vorhandensein eines **Komplots** in Abrede stellen; sie beglückwünschten **Waldeck-Rousseau** dazu, daß er sich der Aufgabe, die Republik zu schützen, bewußt gewesen sei. Die antirevisionistischen und antiministeriellen Organe sind der Ansicht, daß die Anklage nicht Neues vorgebracht habe und keine Beweise enthalte. Im „**Figaro**“ äußert **Cornélius**, daß eine Anzahl Einzelheiten, welche der Oberstaatsanwalt hervor gehoben habe, durch Dokumente bekräftigt sei. Von den übrigen seien diejenigen unwahrscheinlich, welche die Monarchisten so darstellten, als ob sie zum Arbeiter-ausstand anreizten. Die Wähler sind der Ansicht, die Untersuchung der Kommission des Staatsgerichtshofes werde 4-5 Wochen und die öffentliche Verhandlung einen Monat dauern.

**Präsident Loubet**, der heute die Baupläne der Welt-ausstellung besuchte, forberte in seiner Ansprache die verschiedenen Leiter der Arbeiten auf, den größten Eifer an den Tag zu legen, damit Frankreich im Jahre 1900 seinen Gästen zeige, daß die Nation **frank, arbeitsam und einig** bleibt und die vorübergehenden Zwischigkeiten sie nicht hindern, ihre Mission zu Gunsten des Fortschritts und des Friedens zu erfüllen.

### Spanien.

In den baskischen Provinzen erhebt der **Karlistismus** sein Haupt. Karlisten sind in Spanien die Anhänger der alten sogenannten Gottesgnaden-Monarchie, welche die jegliche Monarchie als „revolutionär“ betrachtet, und seit zwei Jahrhunderten — seit dem 30er Jahre — gewaltsam revolutionäre Politik treiben. Die Karlisten sind nebenbei auch außerordentlich fromm, so daß wir jetzt in Spanien das interessante, jedoch für uns Deutsche gewiß nicht verwunderliche Schauspiel einer revolutionären Umsturz-bewegung haben, die von den Ordnungsparteien par excellence: den Königstreuen und Pfaffen in Szene gesetzt wird.

**Madrid, 19. September.** **Silvela** hat sich dahin geäußert, die Karlisten hätten infolge der unter ihnen herrschenden Meinungs-verschiedenheiten auf jede Unternehmung gegen die Regierung verzichtet.

### Amerika.

**Washington, 19. September.** **China** hat durch seinen Gesandten lebhaften Protest gegen den Befehl des Generals **Otis** erhoben, durch welchen die Chinesen von den Philippinen aus geschlossen werden. Dem General nach wird in dem Protest erklärt, das Vorgehen des Generals sei völkerrechtswidrig, es verstoße gegen die bestehenden Verträge und mißachte völlig die so lange bewährte Freundschaft zwischen China und den Vereinigten Staaten. **Präsident Mac Kinley** wendet der Angelegenheit ernste Aufmerksamkeit zu, da der Charakter des Protestes ihr über die in Betracht kommenden militärischen Fragen hinaus einen internationalen Austrich giebt.

**Caracas, 18. September.** Die Lage ist heute für die **Regierung** günstiger. Die Regierungstruppen haben **Querto Cabello** wieder genommen und konzentrieren sich dort und in **La Victoria**.

## Seite und Gesamtpartei.

In der **Leipziger Volks-Zeitung** befaßt sich **Genossin Luxemburg** am Schluß einer Artikelserie über den bevorstehenden Parteitag auch mit Vorschlägen an den „Vorwärts“. Nachdem sie die Gefahren, die der Partei vom „Opportunismus“ drohen, geschildert und die Abstoßung aller des „Opportunismus“ Verdächtigen — es zählen dazu u. a. **Kuer, Bernstein, Schippel, Vollmar** usw. — verlangt hat, erhebt sie auch folgende Forderung:

Wir halten für notwendig, daß der Parteitag die gesamte Parteipresse, darunter in erster Linie das Centralorgan, verpflichtet, zu jeder taktischen Frage, die in der Parteipresse auftaucht, sich nicht nur referierend zu verhalten, sondern auch klar und deutlich Stellung zu nehmen. Der „Vorwärts“ insbesondere als Centralorgan müßte als seine Pflicht und Schuldigkeit erachten, im Sinne der Gesamt-partei und nicht im Sinne der opportunistischen Opposition zu wirken, wie er dies bis jetzt, wenn auch verstoßen, bei jeder Gelegenheit gethan.

Die Pflicht, zu jeder auftauchenden taktischen Frage Stellung zu nehmen, erkennt der „Vorwärts“ durchaus an, wenn er diese Fragen allerdings auch oft ganz anders behandeln zu müssen glaubt, als es der **Genossin Luxemburg** gefällt.

Wenn aber die **Genossin Luxemburg** unter „Stellungnahme des „Vorwärts“ zu jeder auftauchenden parteitaktischen Frage versteht, daß der „Vorwärts“ bei Meinungsdivergenzen in der Partei sofort die eine oder die andere Auffassung als unsozialdemokratisch zu ächten habe, so müßte sie damit dem „Vorwärts“ ein sehr undemo-kraatisches Handeln zu: nämlich die Vergewaltigung derer, die anders denken als die Redaktion des „Vorwärts“.

Außerdem sind allerdings die besonderen Schwereigkeiten des Centralorgans zu berücksichtigen, welchem von der Partei die Aufgabe gestellt ist, das, was die Partei einigt, zu vertreten. Wir glauben aber, dieser Aufgabe nicht allzu unglücklich gedient zu haben, denn, wie uns **Genossin L.** vorwirft, den Opportunismus verstoßen geschätzt zu haben, so wirft man uns von anderer Seite vor, ungerichtet gegen die mit **Bernstein** sympathisierenden Parteigenossen verfahren zu sein.

Hebrigen schlägt der zweite **Sage**, der „Vorwärts“ habe im Sinne der opportunistischen Opposition gehandelt, ihren ersten Satz.

Das hindert aber nicht, daß dieser zweite Satz völlig un-richtig ist, mag man auch den Begriff des Opportunismus, mit dem **Genossin Luxemburg** Politik treibt, ohne je seine Bedeutung klarzustellen, auffassen wie man will. Hätte der „Vorwärts“ „im Sinne der Gesamtpartei“, wie **Genossin Luxemburg** es versteht, gewirkt so hätte er nicht nur die bayerischen Kompromißstörer, nicht nur **Kuer, Heine, Schippel** und andere „Freunde des Militarismus“, sondern auch beispielsweise die Anhänger der Agrarprogrammideen wie **Bebel** und **Liebkecht**, und der Beteiligung an den Landtags-wahlen wie **Kautsky, Parvus** und **Jettin** als Nicht-mehr-Sozialdemokraten behandeln müssen. Die „Gesamtpartei“ wäre dann so ungefähr auf die einzig wahre Revolutionärin **Genossin Luxemburg** reduziert worden. **Genossin Luxemburg** selbst wird uns beklagen, daß dann überhaupt, nicht mehr im Ernst von einer „Gesamtpartei“ die Rede sein könnte, sondern nur noch von einer Seite.

Nebenbei: es ist erheiternd, **Genossin Luxemburg** gerade in demjenigen Partei-Organ die Rettung der Principien und Taktik abzu sehen, das — gerade nach **Luxemburgscher** Anschauung — schon längst dem Ort der Parteigegen-schaft hätte überantwortet werden müssen. Denn dies Organ hat nicht nur die Todsünde des Verleugerns der Verleumdungs-theorie, nicht nur das Verbrechen **Sollmarcher** Agrarpolitik und glühender Begeisterungsartikel für bürgerliche Socialreformer wie **Hertner** und **Sombart** — was alles nur gar kurze Zeit zurück-liegt! — begangen, sondern es hat wirkliche Verständigungen gegen die elementaren Erfordernisse der Parteitaktik — man gebe uns die Achtung der Parteibeschlüsse bei den sächsischen Landtags-wahlen — auf dem Gewissen. Man darf Sorge tragen, daß in diesem Blatte nicht ebenso schnell einmal wieder die opportunistische Fäule ertönt, wie es zum revolutionären Strömung übergegangen ist.

Der Vorwurf der **Genossin Luxemburg**, opportunistisch gewirkt zu haben, trifft und nicht. Es ist uns leicht, ihn als Ausfluß krank-hafter Lust an scheinradikalen Gebahren zu verzeihen. Der „Vor-wärts“ ist in allen Parteifragen treu zum Parteiprogramm ge-standen, er hat stets die Grundprincipien der Socialdemokratie, den Massenkampf und das ideale Ziel einer bewußt organisierten social-istischen Produktionsordnung, durchaus gewahrt. Freilich daran hat er niemals Gehmaß empfunden, bei jeder Meinungsverschiedenheit innerhalb der Partei durch künstliche Deutungen und nervöse Ueber-treibungen bald diesen bald jenen Parteigenossen zum Verräter an den Parteigrundlagen zu stempeln.

## Partei-Mehrheiten.

### Erörterungen und Anträge zum Parteitage.

Zwei Versammlungen in **Hannover** beschäftigten sich mit den die Partei zur Zeit bewegenden Fragen der Taktik. In der einen Versammlung trat **Genosse Adler** als Referent den Ansichten **Schippels** in der Wilsfrage und ebenso den **Bernsteinischen** Anschauungen entgegen, während **Genosse Lehne** **Bernsteins** auch als ein verdienstvolles Werk bezeichnete und ihm in der **Genossenschafts-frage** beistimmte. — Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

In der zweiten Versammlung referierte **Genosse Frohme**, der **Bernstein** in **Schau** nahm, indem er sich auf den Standpunkt stellte, daß zwar über verschiedene Ausführungen **Bernsteins** zu streiten sei, man aber nicht sagen dürfe, daß **Bernstein** die Partei in ein bürgerlich-demokratisches Fahrwasser lenken wolle. Ihm traten die **Genossen Grünwaldt, Frau Zieg** und **Stollen** entgegen. Stollen trat zwar auch für unbeschränkte Freiheit der Dis-kussion ein, bezog sich aber als unbestreitbar, daß **Bernstein** den Versuch mache, die theoretischen Grundlagen des Socialismus umzuwerfen und zwar mit der Absicht, der Partei eine andere Taktik zu empfehlen. Im allgemeinen habe sich die Taktik der Partei bewährt. Soweit die Möglichkeit dazu gegeben sei und nicht an unserer rückständigen Befestigung eine Grenze finde, werde die Socialdemokratie auch die praktische Arbeit noch intensiver zu ge-halten suchen, zu einer freundlicheren Stellung zum Militarismus und zur Kolonialpolitik werde sie sich aber nicht einschließen. Die bewährte Taktik dürfe nicht aufgegeben, der wissenschaftlichen For-schung müsse aber die Waage freigehalten werden.

Eine Parteiversammlung in **Königsberg** nahm nach einem Referate des **Genossen Haase** folgende von diesem vorgeschlagene Resolution an:

Die Angriffe gegen die Grundanschauungen und die Taktik der Partei sind verfehlt und deshalb zurückzuweisen. Die Freiheit der Kritik ist jedem Parteigenossen unbedingt zu wahren.

In diesem Sinne hat der Delegierte **Königsbergs** auf dem Parteitage in **Hannover** seine Stimme abzugeben.

In einer Versammlung in **Nürnberg** referierte **Genosse Wiemer**. **Bernstein** hat sich von unseren Grundprincipien nicht entfernt und das Recht der freien Forschung muß gewahrt bleiben. Schon verschiedentlich ist unser Parteiprogramm der wissenschaftlichen Forschung und der Notwendigkeit gemäß geändert worden. Deshalb dürfen unsere Delegierten nicht in die Beurteilung des **Genossen Bernstein** einstimmen. Wenn **Bernstein** verlangt, daß erst die nächst-liegenden Ziele erörtert werden sollen, so sagt er nur, was praktische Agitatoren schon lange thun. Unser erstes Ziel muß sein, die Bildung und Lebenshaltung der Masse zu heben, damit, wenn uns die Macht zufällt, wir auch fähig sind, sie im Sinne unseres Programms aus-

nützen. — **Genosse Dr. Sidelum** kann in der **Bernstein-Frage** den Standpunkt **Wiemers**, der in **Bernsteins** Darlegungen keine Angriffe auf Theorie und Praxis unserer Partei finden zu können glaubt, nicht teilen. So verschieden er **Bernstein** in vielen Punkten entgegengesetzter müsse, wünsche er, gerade wie **Wiemer**, doch nicht ein großes Reyergericht mit formalem Ausschluß. Wegen des Militarismus müssen wir in härtester Oppositionsstellung bleiben; gegen den speciell militärischen Geist im deutschen Bürgerthum müsse die Kritik energischer vorgehen.

Die **Genossen des 22. sächsischen Reichstags-Wahl-kreises** nahmen in einer Versammlung in **Reichenbach i. B.** eine Resolution an, in der es heißt:

„Die von einzelnen **Genossen** herbeigeführten theoretischen Er-örterungen können für die Partei nicht schädigen wirken, im Gegen-teil ist die freieste Meinungsäußerung in der socialdemokratischen Partei eine Notwendigkeit. Die Partei hat, auf dem Boden des Klassenkampfes stehend, weiter ihr Endziel im Auge zu behalten, die politische Situation zu Gunsten der Arbeiterklasse auszunutzen, an allen praktischen Aufgaben auf den Gebieten des politischen Lebens mitzuwirken, selbstverständlich ohne Verleugnung unserer principielle Grundzüge. Die Parteiverammlung erkennt die Zugehörigkeit des **Genossen Bernstein** zur Partei nach wie vor an. Bezüglich des Militarismus wünscht die Versammlung, daß der Parteitag an Punkt 3 unseres Programms festhält.“

Eine von den **Mülauer Genossen** eingebrachte Resolution, welche sich sehr scharf gegen **Bernstein** und die **Landtagswahl-Taktik** der bayerischen Genossen wandte, war vorher abgelehnt worden.

In **Ostfriesland** (Sachsen) befaßt die Parteiverammlung: „Die Versammlung hält wohl eine theoretische Auseinander-setzung über das Wesen des Socialismus für sehr erprießlich, soweit sie den Boden des Klassenkampfes nicht verläßt. Durch die **Bernstein-Taktik** wird aber der Boden des Klassenkampfes verlassen. Dadurch würde den Arbeitern das vollständige Interesse an der ganzen Arbeiterbewegung genommen.“

In **Werdau** (Sachsen) erklärte der Delegierte des 18. sächsi-schen Wahlkreises, daß er zwar gegen die **Wendungsansprüche** **Bernsteins**, aber auch gegen dessen Ausschluß aus der Partei.

Die Parteiverammlung in **Stuttgarter** erklärt als ihre An-sicht, daß **Bernstein** sich in seiner Schrift von dem grundsätzlichen Boden, auf dem die Socialdemokratie steht, entfernt hat. Sie weist seine Kritik unserer Grundzüge und die von ihm empfohlene Taktik aufs schärfste zurück. Die Socialdemokratie muß an ihrem Charakter als revolutionäre Kampfpartei festhalten und damit auch an ihrer erprobten Taktik.

Im Interesse eines geschlossenen Auftretens des kämpfenden Proletariats erwartet die Versammlung von dem Parteitag in **Hannover**, daß er die Stellung der Partei zu den von **Bernstein** angeführten Fragen klar präzisirt.

Weiter wurde ein Antrag des **Genossen Keil** angenommen: Der Parteitag möge beschließen, auf die Tagesordnung des nächst-jährigen Parteitages die Frage der Vertheilungspolitik zu stellen und dazu einen geeigneten Referenten bestellen.

Endlich wurde ein Antrag **Ulrichs** angenommen: Der Parteitag möge beschließen: „Die Parteipresse möge mehr als jeher das Proletariat auf die Schäden des übermäßigen Alkoholgenusses auf-merksam machen.“

In **Karlsruhe** erklärte sich die Parteiverammlung ganz ent-schieden gegen irgend welche Verhältnisse des Parteitages in **Hannover** in der sogenannten **Bernstein-Frage**, welche geeignet wären, die Freiheit der Wissenschaft in Frage zu stellen. Sie sieht in den real-politischen Vorschlägen **Bernsteins** keinen Grund, um **Bernstein** als nicht zur Partei gehörig zu betrachten und spricht die Hoffnung aus, daß besonders die Diskussion über den 7. Punkt der Tages-ordnung des Parteitages der Würde der Partei entsprechen werde. Die **Genossen in Darmstadt** nahmen eine vom **Genossen Bremer** vorgeschlagene Resolution an des Inhalts:

„Unser Parteiprogramm ist kein aus ewig feststehenden Wahr-heiten bestehendes Dogma, es ist vielmehr den jeweiligen Ver-änderungen, die sich aus der gesellschaftlichen Entwicklung und der besseren Erkenntnis der Parteigenossen ergeben, unter-worfen. Das Parteiprogramm soll zwar für jeden **Genossen** heilig und bindend sein, es fordert aber insofern keine blinde Unterwürfigkeit, daß dadurch jede Kritik an demselben unstatthaft ist. Der wissenschaftliche Streit in der Partei, wie er durch die Anschauungen des **Genossen Bernstein** veranlaßt wurde, kann des-halb auch für die Partei nicht nachteilig sein. Wenn nur auch eine allgemeine Revision des Programms im Sinne der **Bernsteinischen** Anschauungen zur Zeit nicht für spruchreif zu erachten ist und die Nichtigkeit der letzteren an vielen Stellen bezweifelt werden kann, so ist aber doch manches Wahre darin enthalten, was die Parteigenossen zum Nachdenken veranlassen muß, und ist deshalb ergriffen, vorurteilsfreies Prüfen überall zu empfehlen. — Die Versammlung ist der Meinung, daß dieser wissenschaftliche Meinungsaustausch nicht durch Majoritätsbeschlüsse, sei es in zu-stimmendem oder ablehnendem Sinne, beigelegt werden kann, es ist vielmehr dafür Sorge zu tragen, daß diese Auseinandersetzungen vorerst fortgeführt und pro und contra in populärer Weise den Parteigenossen durch die Parteipresse und in Versammlungen zu-gänglich gemacht werden.“

In einer Parteiverammlung der **Wahlkreise Deuthen-Tar-nowitz** und **Kattowitz-Fabrze**, die am 17. d. M. in **Wieschowitz** bei **Fabrze** abgehalten wurde, sprach **Genosse Winter** aus **Deuthen** über den Parteitag. Unter Zustimmung der Versamm-lung betonte er, daß weder die wissenschaftlichen Grundlagen unserer Bewegung in wichtigen Punkten verbesserungsbedürftig seien, noch ein Anlaß vorliege, unsere praktische Politik nach den Vorschlägen gewisser Opportunisten in der Partei zu ändern. Zwar löme und sollte der Parteitag keine Beschlüsse über den Wert und die Geltung gewisser theoretischer Sätze des Socialismus fassen, die neuerdings von Parteigenossen angefochten worden seien; umso klarer aber müsse er zu der opportunistischen Taktik Stellung nehmen, die der Partei von in- und ausländischen **Genossen** vorgeschlagen worden sei.

Auf der **Kreisconferenz für den Wahlkreis Neuh. 2.** am Sonntag wurde ein allgemeiner erfreulicher Fortschritt der Partei im ganzen **Hirtenstamm** konstatiert. Nicht bloß sind bei den Land-tags-Wahlen die Stimmengahlen wesentlich gestiegen und neue Mandate erobert worden, auch in den Gemeindeverwaltungen nimmt die Partei eine achtunggebietende Stellung ein.

Bei der letzten Gemeinderatswahl wurden in der Stadt **Gera** 6 Mandate gewonnen. Die Durchschnitts-Stimmengahl ist hier von 1250 im Jahre 1895 auf 2011 im Jahre 1898 gestiegen. Die **Geuer** erhielten 1898 im Durchschnitt 2044 Stimmen. Rehnlich günstig liegen die Verhältnisse in den Vororten. In **Debschitz** sind sämtliche Gemeinderats-Mandate in den Händen der Partei. In **Untermhaus** liegen unter 26 Gemeinderäten 9 Parteigenossen. In **Wforten** wurden bei der letzten Wahl nur Socialdemokraten gewählt, in **Wöhren 4**, in **Langenberg** in den letzten drei Jahren 12. Auch in **Leumnitz, Litz, Frankenthal, Dürrenbergsdorf** und **Ruditz** sitzen eine Anzahl Parteigenossen in den Gemeinderäten.

Die Einnahmen des Kreises beliefen sich im letzten Jahre auf 4088 M. und die Ausgaben auf 3387 M. Das Parteiblatt „**Neuhische Tribune**“ hatte eine Einnahme von 36 930 M. und eine Ausgabe von 35 087 M. Strafen erntete sie nur drei: Geldstrafen von zusammen 215 M. Beschwerden über Redaktion und Expedition sind bei der **Präskommission** nicht eingegangen.

Zum Parteitag in **Hannover** wurde **Genosse W. Leven** als Delegierter gewählt. Der Parteitag beschloß, noch einen weiblichen Delegierten zu entsenden, da sich die socialdemokratischen Frauen **Gera** erboten haben, die Mittel für die Delegation aufzubringen. Seitens der Frauen wurde **Frau J. Herz** - **Berlin** als Delegierte in-

\*) Damit ist die Notiz richtig gestellt, daß **Genosse Keil** die Frage des Mittelrand-Kanals auf dem Parteitage beraten zu sehen wünschte. Er meint nur, daß gelegentlich der Verhandlung der Vertheilungspolitik auch die Kanalangelegenheit mit behandelt werden kann.

erschlag gebracht, der Parteitag lehnte denselben aber mit großer Mehrheit ab. Die Frauen beharren auf ihrem Vorschlag und wollen in einer Frauenversammlung zu der ablehnenden Haltung des Parteitags Stellung nehmen.

In einer später abzuhaltenden Parteiverammlung soll zu den den Parteitag in Hannover beschäftigenden Fragen Stellung genommen werden.

Zum Schluss hielt Genosse Leven einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Socialdemokratie und Gemeindepolitik“. Durch Annahme einer Resolution stimmte der Parteitag den grundsätzlichen Ausführungen des Referenten zu und beauftragte die demnächst stattfindende Konferenz der socialdemokratischen Gemeindevorsteher für Reich u. L., ein diesen Grundsätzen entsprechendes kommunal-Wahlprogramm festzusetzen.

**Landtagswahlen in Braunschweig.** Der braunschweigische Landesparteitag beschloß am Sonntag einstimmig die Beteiligung an den diesjährigen Landtagswahlen. Wieder beteiligten sich die Parteigenossen nicht an diesen Wahlen. Die Wahlen sind indirekte Klassenwahlen.

**Totenliste der Partei.** In Hamburg starb am Sonntagvormittag der 64 Jahre alte Parteigenosse Heinrich Niemann. Das „Hamburger Echo“ schreibt über ihn:

Den meisten im nördlichen, Belagerungsgebiet unter dem Socialistengesetz thätigen Parteimitgliedern dürfte Heim Petroleum, so war der nom de guerre des Allen, bekannt geworden sein, aber nicht allzu viele werden wissen, daß er längere Zeit hindurch einen äußerst schwierigen und gefährlichen Posten inne hatte; er besorgte den Transport des „Socialdemokrat“ für die rote Feldpost. Beim Heim Petroleum in roten Hauschuhen auf der Straße dahinschlendernde, so wußten die Eingeweihten, daß es Arbeit gab, daß wieder eine Ladung der gefährlichen Ware eingetroffen sei und verteilt und versendet werden müsse. Mit einer Gelassenheit und Seelenruhe, wie man sie bei wenigen findet, erledigte Niemann seine wichtige Aufgabe; ein verräterisches Wort, ja irgend ein Zufall konnte die Entdeckung des Transportes herbeiführen und dann waren etliche Jahre Gefängnis dem Ertraptten sicher. Doch Heim Petroleum kam immer durch, und mit schmerzlichem Behagen wurde oft im Kreise von Vertrauten diese oder jene neue feitere Geschichte erzählt, z. B. von der schottischen Karre und ihrer wertvollen Ladung, die bereits auf einer Postzeitwache war und wieder herausgeholt wurde, ohne daß die Hochwohlblütliche eine Ahnung davon hatte, wachseln sie hätte machen können. Ein gesunder Humor war unserem Genossen Niemann eigen und half ihm über alle Unannehmlichkeiten des Lebens hinweg. Jetzt ist sein einfaches Proletarierleben — einfach und doch reich an nützigen Taten und treuer Pflichterfüllung — zu Ende. Aber vergessen wollen wir den Braven nicht, der in schwierigster Zeit auf schwierigen Posten sich freiwillig stellte. Ehre seinem Andenken!

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Zur Lohnbewegung der Putzer Berlins und Umgegend.** Die Lohnbewegung der Putzer nimmt, wie in der starkbesuchten Versammlung, die Montag bei Keller tagte, von der Lohnkommission berichtet wurde, einen außerordentlich günstigen Verlauf. Die Unternehmer, die vordem den Arbeitern recht großzügig gegenüber auftraten und durch ihr scharfes, ablehnendes Verhalten den Ausdruck des Streiks veranlaßten, fangen nun an, recht kleinlaut zu werden. Sie haben nicht erwartet, daß die Putzer so einmütig und energisch vorgehen würden, wie es geschehen ist. Hätten die Unternehmer bei den von den Putzern angebahnten Verhandlungen nur einigermaßen Entgegenkommen gezeigt, so wäre wahrscheinlich der Ausstand vermieden worden.

Bisher haben 50 Unternehmer, darunter 11 Mitglieder des Arbeitgeberbundes, die aufgestellten Forderungen bewilligt. Auf 62 Bauten arbeiten bereits ca. 500 Putzer zu den neuen Bedingungen. Zur Zeit sind 562 Ausständige zur Kontrolle bei der Kommission gemeldet. Die Zahl der Ausständigen ist jedoch größer, weil viele auf die Unterfertigung beziehungsweise Abfertigung sind. Zu den alten Bedingungen sind noch 102 Personen beschäftigt, darunter aber in der Mehrzahl solche, die bei ruhigen Zeiten nicht als Putzer arbeiten und folglich den Ausständigen kaum einen Schaden zufügen können. Befremdlich hat der Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister beschloffen, die Forderungen der Putzer strikte abzulehnen. Verschiedene Mitglieder des Bundes, und sogar Vorstandmitglieder, haben die Arbeit einem sogenannten Putzmeister mit dem Auftrag, die Forderungen zu bewilligen, übergeben, weil sie glaubten, daß sie dadurch die Arbeit fertiggestellt bekommen. Von den Putzern ist aber in allen diesen Fällen die Arbeit verweigert worden, da nach dem gefassten Beschluß nur die Unterschrift des Bauherrn oder Maurermeisters anerkannt werden soll. Wohl oder übel werden auch die Bundesmitglieder gezwungen sein, die Forderungen zu bewilligen, zumal die Arbeit immer mehr zu drängen beginnt und eine große Zahl von Bauten in nächster Zeit fertig gestellt sein muß. Aus diesem Grunde ist zu erwarten, daß schon im Laufe dieser Woche wieder von mehreren Unternehmern die aufgestellten Bedingungen bewilligt werden. Jedenfalls wird die Situation für die Ausständigen von Tag zu Tag günstiger und es liegt demzufolge kein Grund vor, daß die Arbeit auf einem Bau aufgenommen wird, bevor die Forderungen anerkannt worden sind. Die zu den neuen Bedingungen arbeitenden Putzer sind verpflichtet, pro Tag eine Mark an den Streikfonds abzuführen. Die Auszahlung der Streikunterstützung erfolgt am Donnerstag im Centralbureau.

**Achtung, Marmor- und Granitarbeiter Berlins!** Bei folgenden Firmen haben die Kollegen wegen Nichtbewilligung des vereinbarten Tarifs die Arbeit niedergelegt: Fink, Bergmannstraße 102 (22 Mann), Britzing, Friedrichsberg, Gürtelstraße 36 (3 Mann), W. Jache, Wapmannstr. 32a (6 Mann). Es wird aufgefordert, den Zugang nach genannten Plätzen fernzuhalten. Die Lohnkommission.

**Zur Lohnbewegung der Bismarckier** wird mitgeteilt, daß folgende Firmen noch nicht bewilligt haben:

Bünger, Wendel u. Co., S. Wälsche, E. Gustedt, Köstermann u. Paringsanki, Sachs u. Schwarz, W. u. G. Kehler, A. Einel, Hoffmann u. Weiland, Wagler, Reich u. Burmeister, F. Hoppe, F. Hoppe, Eisner u. Hausig, Przhgode, Wolmar, Brehmer, H. Schmidt, Edel Nachfolger.

### Die Lohnkommission.

Ueber die Zustände in den Schlächtereibetrieben werden seitens des Verbandes der Schlächtergesellen Berlins und Umgegend Erhebungen vorgenommen. Zu diesem Zwecke werden von der Organisation Fragebogen ausgegeben, in denen Auskunft über die Art und Beschaffenheit der Arbeitsräume und über die Lage, Einrichtung und Beschaffenheit der Schlafräume verlangt wird. Außerdem sind Fragen über den Beginn, Ende und Dauer der Arbeitszeit, über die Höhe der Löhne, über das Abkündigungsverhältnis und über die vorhandenen Schutvorrichtungen enthalten. Ferner wird gefragt: ob verheiratet oder nicht, ob Etpausen eingeführt sind, wie die Sonntagsruhe gehandhabt wird, und wieviel Lehrlinge beschäftigt sind. Auch alle sonstigen Uebelstände oder auch nützlichen Einrichtungen, die etwa vorhanden sind, sollen auf dem Fragebogen angegeben werden. Wie in der Versammlung, die der Verband am Sonntag abhielt, und in der J. Klein recht eingehend über den Wert der reichsstatistischen Erhebungen referierte, mitgeteilt wurde, soll das Ergebnis der ausgefüllten Fragebogen der Reichskommission für Arbeiterstatistik unterbreitet werden, um diese auf die Verhältnisse in den Schlächtereibetrieben aufmerksam zu machen. Man hofft, daß die Kommission dann Beanstandungen nehmen wird, ebenfalls Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wie bei den Bäckern, Mältern, Gastwirtschaftlichen u. c. zu veranstalten. Die Folge würde angesichts der geradezu skandalösen und unhygienischen Zustände, die in diesem Berufe vorherrschen, zweifellos die sein, daß auch für das Schlächtergewerbe eine gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse eintritt.

Die Fragebogen sollen möglich in allen Schlächtereien wahrheitsgetreu ausgefüllt und schnellig zurückgegeben werden. Dieselben sind zu haben und wieder abzugeben im Verbandslokal Rosenthalerstr. 57; für Rixdorf bei Mercier, Steinmehlr. 55; ferner bei allen bekannten Vorstandsmitgliedern. In allen diesen Stellen werden auch Mitglieder für den Verband aufgenommen. — Am 1. Oktober findet bei Cohn, Beuthstraße, eine große öffentliche Versammlung für Meister und Gesellen statt, welche sich mit der Forderung: Abschaffung der Entlassung an den Sonntagen, beschäftigen wird.

**Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe** ist noch immer eine sehr mangelhafte. Sind auch in manchen Kleinstädten die diesbezüglichen Bestimmungen für die Gehilfen noch ungünstiger, als die in Berlin bestehenden, so erscheint es doch unbedingt geboten, daß den besonderen Verhältnissen der Großstadt Rechnung getragen und eine weitere Einschränkung der Sonntagsarbeit für das kaufmännische Personal vorgenommen werde. Einen neuen Vorschlag nach dieser Richtung hat, wie bereits mitgeteilt, vor kurzem die socialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordneten-Versammlung gemacht. Der Antrag ging dahin, für Berlin ein Ortsstatut zu erlassen, durch welches die Beschäftigung aller handelsgewerblichen Gehilfen und Arbeiter in den Engrosgeschäften (Banten, Fabriken, Expeditions-geschäften) an Sonn- und Festtagen gänzlich verboten sein soll. Für die Detailgeschäfte sollte eine Geschäftszeit von nur 3 Stunden erlaubt sein, mit der Maßgabe, daß die Beschäftigung vormittags um 10 Uhr beendet sein muß.

Die Berliner Handelsgesellen sind in die Agitation zur Unterfertigung dieser Forderungen eingetreten; sie halten heute abend (siehe Vereinskalender) eine Versammlung ab, in der der Reichstags-Abgeordnete Pfannkuch spricht. Das „Handlungsgehilfenblatt“ bemerkt zu den oben bezeichneten Anträgen: „Jeder denkende Gehilfe wird sich für verpflichtet erachten, in der Agitation für völlige Sonntagsruhe stets auf dem Platze zu sein und die Propaganda für diesen Antrag zu fördern. „Vollständige Sonntagsruhe“, „gesetzlicher Acht- uhr-Abenschluß“, „gesetzliche Regelung der Arbeitszeit“ sind unsere nächsten Forderungen an Kommune, Regierung und Parlament. In diesem Kampfe werden wir nicht erlahmen und besser unsere Pflichten gegen die Gehilfenschaft erfüllen, als die angeblichen Hunderttausende, welche in den Harmonievereinen stecken sollen.“

### Deutsches Reich.

**Die Bädergesellen von Halle** sind in eine Bewegung zur Eringung besserer Arbeitsbedingungen eingetreten. Ihre Forderungen lauten: 1. Befestigung und Wohnung wird den Gesellen nicht mehr vom Meister resp. Arbeitgeber gestellt. 2. Als Entschädigung hierfür ist jedem Gesellen ein wöchentlicher Lohnzuschlag von 10 M. zu verabfolgen. 3. Für Gesellen, deren Lohn dann nicht mindestens 18 M. beträgt, ist derselbe auf 18 M. zu erhöhen. 4. Beginn und Ende der Arbeitszeit bleibt unter Einhaltung der zwölfstündigen Arbeits-schicht, inklusive einer Stunde Essenspause in bisheriger Weise bestehen. Nach der Bundesratsverordnung erlaube Ueberstunden sind mit 40 Pf. zu vergüten. 5. Jedem Gesellen ist in der Woche ein freier Tag zu gewähren. 6. Der Arbeitgeber verpflichtet sich, nur Mitglieder des Verbandes der Bäder und Berufsangehörigen Deutschlands zu beschäftigen. Der Arbeitsnachweis des Verbandes befindet sich Gr. Märkerstr. 20, I. Die Forderungen sind vorläufig nur denjenigen Bädermeistern unterbreitet worden, welche Lieferanten der Konsumvereine sind. Die Gesellen glauben, daß die Lieferanten der Konsumvereine in erster Linie verpflichtet wären, die Forderungen anzuerkennen, wie aber auch andererseits die Konsumvereine darauf zu achten hätten, daß die Ware nur dort entnommen würde, wo geregelte Verhältnisse beständen.

**Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhfabrik** von Hermann in Pasing-München haben wegen Lohn-differenzen gekündigt. Die Kündigung läuft am 23. d. Mts. ab; Zugang von Schuharbeitern ist abzuhalten.

## Sociales.

### Der Unterricht schwachbegabter Kinder.

Auf dem brandenburgischen Städtetage, der am 18. und 19. d. M. in Potsdam tagte, hielt Stadtschulrat Dr. Reuvert aus Charlottenburg einen Vortrag über die Fortschritte der Schulen für schwachbegabte Kinder.

Ein großes Hemmnis für die Volksschulen seien die schwach-sinnigen oder schwachbegabten Kinder. Diese, die mit den normal veranlagten Kindern nicht Schritt halten können und daher das Ziel der Schule beeinträchtigen, müssen in eigens für schwachstunige aber noch bildungsfähige Kinder eingerichteten Hilfschulen unterrichtet werden. In allen größeren Städten von über 25 000 Einwohnern seien mehrstufige Hilfschulen einzurichten, in welchen die schwach-sinnigen Kinder eine ihrem geistigen und körperlichen Zustande angemessene Unterweisung empfangen. Die Hilfschulen müssen selbständige öffentliche Anstalten sein; eine auch nur räumliche Verbindung mit einer Volksschule oder mit einer „Biboten“ bzw. Irrenanstalt sei zu vermeiden. Alle Kinder, welche wegen mangelnder Begabung in zwei Jahren das Klassenziel der untersten Volksschulklassen nicht erreichen, seien einer Unterweisung behufs Aufnahme in die Hilfschule zu unterwerfen. Es seien gesetzliche Bestimmungen nötig, welche die Ueberweisung schwach-sinniger Kinder in die Hilfschule auch gegen den Willen der Eltern ermöglichen. Es sei wünschenswert, daß schwach-sinnige Kinder 1 oder 2 Jahre über das schulpflichtige Alter hinaus in der Hilfschule bleiben. Für die aus der Schule entlassenen seien Fortbildungskurse einzurichten. Bei der Aufnahme in die Hilfschule sowie bei der Entlassung aus derselben sei ein psychiatrisch gebildeter Arzt zuzuziehen. Dieser solle auch sonst dem Leiter der Hilfschule als Berater zur Seite stehen und den Gesundheitszustand jedes Kindes abhändlich mehrmals prüfen. Die Klassenfrequenz dürfe in ein-stufigen Hilfschulen nicht über 12, bei drei- und mehrstufigen nicht über 20, bzw. 25 hinausgehen. Eine Trennung der Kinder nach Geschlecht und Konfession sei nicht erforderlich. Pädagogische Vorbereitungs-kurse für Lehrer an Hilfschulen seien ein dringendes Bedürfnis.

Mehrere Redner äußerten sich in zustimmendem Sinne. Der Berichterstatter hatte mehrere feine Ausführungen entsprechende Zeitfrage aufgestellt, diese gelangten schließlich mit der Maßgabe zur Annahme, daß der Städtetag empfiehlt: In allen Städten, wo es ausführbar, sind mehrstufige Hilfschulen einzurichten, in welchen die schwach-sinnigen Kinder eine ihrem geistigen und körperlichen Zustande angemessene Unterweisung empfangen.

Dieselbe Versammlung beschloß überdies auf Antrag des Spandauer Oberbürgermeisters Koye, den Krankenlassen zu empfehlen, auch bei selbst verschuldeten krankenkranken Kranken-geld zu zahlen.

**Die Bekämpfung des Mädchenhandels** wurde auf dem internationalen Kriminalistenkongresse behandelt. Der Staatsanwalt Dr. Gruber in Budapest erklärte, der Handel mit den siebenbürgischen Mädchen sei bereits derart entartet, daß heutzutage Seelenhändler die jungen Mädchen zu Hunderten ohne Pässe über's Gebirge auf Schleichwegen mit sich führen und — was bedenklich und höchst betrübend ist — meistens mit Wissen und Einwilligung der Eltern. Im benachbarten Rumänien, den Donau-Gäufentümern und ganz besonders dem Orient sind diese Mädchen ein beehrter Handelsartikel geworden. Neuerdings greift dieser Handel sehr bedenklich auch nach Deutschland hinüber. Wir besitzen wohlorganisierte Kupplerbanden in England, Frankreich, Ägypten, Rußland und namentlich Galizien, die mit Plagen wie Berlin, Hamburg, Leipzig und München in ständiger Verbindung stehen. Meist handelt es sich dabei um deutsche Mädchen, die nach dem Auslande verschifft werden. Die Zustände in Ungarn grenzen nach den Ausführungen des Redners hart an die bekannten Schilderungen der Londoner „Wall Wall Gazette“, er befürchtet, daß es aber auch anderen Ländern so ergehen wird, wenn der Indifferentismus der Gesellschaft dieser

Angelegenheit gegenüber nicht bald einem einmütigen Vorgehen gegen den schmachvollen Handel Platz macht.

Er macht eine Anzahl Vorschläge, wie diesem Treiben entgegengetreten werden könne, die darauf hinauslaufen, daß die Bevölkerung auf das Bestehen wohlorganisierter internationaler Verbände aufmerksam gemacht werde, welche jugendliche, harmlose weibliche Geschöpfe durch vielversprechende Annoncen ins Garn locken und sodann ins Verderben stürzen; daß ein internationaler Ueberwachungsdienst namentlich auf Bahnhöfen und Schiffstationen eingerichtet werde, zu dem auch Frauen herangezogen werden; daß überall in größeren Städten Vereine gebildet werden, die sich national organisieren zur Ueberwachung und um den Opfern der Händler Hilfe zu leisten und daß die Staaten einheitliche Maßregeln zur Verhaftung und Auslieferung der Händler und gegenseitige Rechtshilfe gegen sie vereinbaren.

Schließlich wurde ein Antrag einstimmig angenommen, der besagt, daß die internationale kriminalistische Vereinigung sich in der Frage des Mädchenhandels auf die Seite des Londoner Frauenhändlers-Kongresses stellt, den Regierungen anempfiehlt, in dieser Frage auf völkerrechtlichem Wege eine Konvention zu schaffen und die Gesetzgebung und Verwaltung einheitlich zu gestalten. —

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Frankfurt a. M., 19. September. (W. S.)** Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Amsterdam: Die Königin eröffnete heute beide Kammern mit einer Thronrede, die zuletzt hinweist auf die Friedenskonferenz, auf welcher wichtige Verträge von internationaler Bedeutung zu Stande gekommen seien. Sie betont dann das friedliche Verhältnis Hollands zu allen Mächten und drückt die Hoffnung aus, daß alle Großmächte die Wünsche der Konferenz anerkennen werden. In den Kolonien herrsche Ruhe. Zum Schluss zählt die Thronrede die Gesetzesvorschläge auf, die den Kammern vorgelegt werden sollen.

**Chemnitz, 19. September. (W. S.)** Heute nachmittag wurde die Leiche des seit Sonntag vermißten Stadtrat's Winkler im Kuchwalde gefunden. Der Stadtrat hatte sich in der Nähe eines Spielplatzes erhängt. Man fand bei der Leiche einen Brief, welcher Abschiedsworte an die Seinen enthielt. Man weiß noch nicht, aus welchen Gründen Winkler Hand an sich gelegt hat; wie man annimmt, hat er die traurige Tat in einem Anfall von Geistesstörung infolge Ueberanstrengung ausgeführt.

**Wien, 19. September. (W. S.)** Die in parlamentarischen Kreisen verlautet, ist das Herrenhaus-Mitglied Alfred Lichtenein als Nachfolger des Grafen Thun in Aussicht genommen.

**Wien, 19. Sept. (W. S.)** Im Verlaufe der außerordentlichen Generalversammlung der Oesterreichisch-ungarischen Bank wurden identische Raten der beiden Finanzminister an die Bankleitung verlesen, in welchen von dem vom Generalratem gemachten Vorbehalte ohne Einwendung Kenntnis genommen wird, daß die Bank, falls die auf Grund des § 14 erlassene Verordnung betreffend die Privilegiumsverlängerung Gesetzeskraft verlor, Anspruch auf Rückerstattung pro rata temporis bezüglich der erfolgten Abschreibung von der Achtzigmillionen-Schuld erheben werde und berechtigt sein solle, ohne Weiteres in Liquidation zu treten. Ferner wurde eine Note des k. k. oesterreichischen Finanzministers verlesen, in welcher der Anschauung des Generalrates beigelegt wird, daß mit dem Zeitpunkt der aus obigem Grunde eventuell eintretenden Liquidation der Bank auch die Restschuld des Staates an die Bank in Höhe von 80 Millionen zur Zahlung fällig wurde. Endlich wurden identische Raten der beiden Finanzminister mit einer Erklärung betreffend die Rückzahlung der sogenannten Reziprozitätsklauseln verlesen. Darin wird betont, wenn auch die Aufrechterhaltung der Zollgemeinsamkeit jetzt nur bis Ende 1907 fixiert werden könne, so seien doch die beiderseitigen Regierungen aufrichtig und energisch bestrebt, schon von 1903 ab ein neues Zoll- und Handelsbündnis zwischen den beiden Reichsteilen zu errichten, wodurch voraussichtlich die Gemeinamkeit des Zollgebiets auch über 1907 hinaus gesichert werde.

**Zinsbrud, 19. Septbr. (W. S.)** Ein Personenzug entgleiste bei der Einfahrtsstation Kematen, wobei ein Passagier getötet und vier verwundet wurden.

**Budapest, 19. September. (W. S.)** Bei Preßburg ist der Wasserstand der Donau etwas gesunken. Die Magazine der Schiffsahrt-Gesellschaft der Szabaku wurden von den Fluten weggerissen. Bedrohlich ist die Lage in der Raaber Ufergegend. In dem Orte Györözyget fand ein Dammbruch statt, welcher mit äußerster Kraftanstrengung verstopft wurde. Die Ortschaft Keszalu ist von Wasser umschlossen. Die Ortschaft Szeged steht unter Wasser. Ueberallhin wurden Boote zur Hilfeleistung entsandt. Bei Gopcepo ist trotz des energischen Eingreifens des Militärs und der Bevölkerung der Damm durchbrochen worden; die Wassermassen ergießen sich gegen die Ortschaft Szentivan.

**Paris, 19. September. (W. S.)** Die Untersuchungskommission in der Komplot-Affaire hat heute ihre erste Sitzung abgehalten. Sie galt der summarischen Ueberprüfung der Angelegenheit und der Ernennung der beistehenden Richter. Der Senator Verenger hatte eine lange Unterredung mit dem Generalprokurator. Er wird vorläufig sich mit der gesamten Untersuchung befassen und erst nach Ende der Untersuchung die Ansicht der übrigen Untersuchungskommissare entgegennehmen.

**Paris, 19. Septbr. (W. S.)** Staatsgerichtshof. Die Untersuchungs-Kommission wählte zum Präsidenten Verenger, zu Weisigern Gobet, Corbelet und Cazot. Präsident und Weisiger begannen mit Prüfung der Akten.

**Paris, 19. September. (W. S.)** Der Hauptmann Boulet erklärte in seinem Brief an den Oberleutnant Klobb, daß er den Befehl über seine Expedition behalten und daß er Klobb als Feind behandeln würde. Seine um ihre Meinung befragten Leute hätten seinen Entschluß gebilligt und er werde eher alles aufs Spiel setzen, als seinen Platz einem Intriganten von der Art Klobbs abtreten.

**Paris, 19. September. (W. S.)** Die Begnadigung Drehsus ist nicht nur heute beschlossen, sondern auch bereits unterzeichnet worden. Die Form der Begnadigung, wie sie veröffentlicht worden ist, hat nur den Zweck gehabt, etwaige Klumbungen in Paris und Rennes zu verhalten. Im Einvernehmen mit der Familie sind Klumbungen getroffen, daß Drehsus in dieser Nacht aus dem Gefängnis gebracht werden kann.

**Brüssel, 19. September. (W. S.)** In der heutigen Kammer-sitzung forderte der Socialist Smeets wiederum den Namensaufruf, um über seinen Antrag, betr. Vertagung der Regierungsvorlage, abstimmen zu lassen. Als der Namensaufruf begann, zog sich die gesamte Linke zurück, und da nur 70 Abgeordnete gezählt wurden, mußte die Sitzung aufgehoben werden.

**London, 19. Sept. (Meldung des Reuterschen Bureaus.)** Minister Chamberlain steht in lebhaftem Depeschenverkehr mit dem Gouverneur der Kapkolonie Milner, der an den Präsidenten des Orange-Freistaats Steiner wichtige Anfragen gerichtet hat.

**Madrid, 19. September. (W. S.)** Der Prozeß wegen der Uebergabe von Cavite hat heute begonnen. Die Anklage-schrift wurde verlesen. Die Anklage beantragt für Admiral Montojo lebenslängliches Gefängnis und Verlust des Amtes. Die Verteidigung wird morgen mit dem Plaidoyer beginnen.

**Osporto, 19. Sept. (W. S.)** Gestern wurde hier ein neuer Vesfall festgestellt. Aus Hamburg sind die beiden Ärzte Franz und Kumpel hier eingetroffen.

**Konstantinopel, 19. September. (W. S.)** Auf dem Schiffe „Constantia“ explodierte im hiesigen Hafen der Kessel, wobei der Kapitän und vier Mann der Besatzung getötet wurden.

**Kapstadt, 19. Septbr. (Meldung des Reuterschen Bureaus.)** 1200 Mann sind von hier nach Kimberley abgeschickt worden.

Dieser 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Zur Zuchthausvorlage.

Bemerkenswerte Erörterungen über die parlamentarische Behandlung der Zuchthausvorlage veröffentlicht ein ungenannter „Wähler“ in der Berliner Wochenschrift „Gegenwart“.

Der „Wähler“ leugnet, daß die Niederlage, welche die Regierung im Reichstag durch die Ablehnung der Kommissionsberatung über die Zuchthausvorlage erlitten habe, so groß und so endgültig gewesen sei, wie sie es verdient habe.

Wenn in der zweiten Beratung kein einziger Paragraph angenommen wird, so ist die Vorlage gefallen; anderenfalls muß eine dritte Beratung stattfinden und am Schluß derselben abgestimmt werden.

Es ist nicht schwer, sich das überlegene Lächeln vorzustellen, mit dem der gewiegte Parlamentarier diese Seiten lesen wird. Er sagt sich: diese Taktik hätte unfehlbar zur Niederlage der Opposition geführt.

Der Erfolg wäre nur der gewesen, daß bei der Abstimmung über die Vertagung die Opposition in der entscheidenden Minorität blieb und das Centrum nach der Regierungsseite gedrängt worden wäre.

Der Einwand, daß bei uns das Parlament keinen Minister stürzen könne, trifft hier in keiner Weise zu. Denn es handelt sich nicht darum, den Minister zu stürzen, sondern den Sturz zu verhindern.

Kein Mensch in ganz Deutschland glaubt, daß die Minister, die augenblicklich an der Spitze stehen, etwa die fähigsten Menschen seien, die man dafür finden könnte; ein sehr großer Teil glaubt, daß es ganz besonders unfähige sind; die Wähler der Opposition sind samt und sonders der Überzeugung, daß diese Männer aus den Ministerien heraus und andere an ihre Stelle müssen.

diese Stimme der Opposition in die Paläste und in die Gassen dringt. Das Centrum gab Erklärungen ab, die nicht Fisch und nicht Fleisch waren. Seine Redner sangen Loblieder auf die Koalitionsfreiheit und beteuerten, daß es in unserer Situation auf eine Verstärkung der Koalitionsfreiheit ankomme, daß ohne eine solche von neuen Zwangsgesetzen überhaupt keine Rede sein könne.

Der Verfasser macht des Weiteren auch der Socialdemokratie den Vorwurf, daß sie die Ministerstürzer nicht energisch genug betreibe. Einmal ist unter ihnen einer gewesen, der in jungen Jahren diese Quintessenz aller Politik richtig erkannt und in die Worte gebracht hat: „Was wir wollen? Sie herunter und wir hinauf!“

Als zweiten Zielpunkt der parlamentarischen Behandlung bezeichnet der Verfasser, das Centrum zum Fardebekennen zu zwingen. Das Centrum muß heraus mit der Sprache, ob es die Vorlage wegen des Mangels an allgemeinen Koalitionsformen ablehnen oder ob es diese Reformen in die Vorlage hineinbringen will.

Der Verlauf der Reichstagsession wird zu einem erheblichen Teile davon abhängen, was vorher geschieht. Die preussischen Konservativen haben mit ihrer Herrenhaus-Debatte den Weg gewiesen. Der Schwerpunkt ist in die Landesparlamente zu verlegen.

Kommunales.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Straßenreinigungs-Deputation wurde in Anregung gebracht, dem Anzuge des Perumperfens von Papierresten in den städtischen Parks, auf den Plätzen und in den Straßen zu steuern.

Lokales.

Ein wackerer Parteigenosse, der Restaurateur Julius Raumann aus der Blücherstraße 42 ist gestern vom Tode hinweggerafft worden. Raumann ist in schlimmen und besseren Tagen ein treuer und rastloser Vorkämpfer der Socialdemokratie gewesen.

Der Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis hält heute abend 8 1/2 Uhr im Reichspalast, Alexandrinerstr. 110, 1. Treppe, im großen Saal eine Versammlung ab, in der Gen. Richard Fischer über „Zeitfragen und Klassenkampf“ referieren wird.

Unlauteren Wettbewerb bei den Stadtverordneten-Wahlen wirft die „Berliner Zeitung“ dem „Vorwärts“ vor. Es sei unrecht, daß wir die freisinnigen, obwohl wir über die Schiedsgrenzen der Fraktionen im Reichen Hause sehr genau unterrichtet seien, zu Wahlzwecken sämtlich in einen Topf

werfen“ und sie „insgesamt als Schwächlinge oder Volksfeinde hinstellen“. Das Blatt citiert aus unserer Betrachtung über das „Berliner Schulleben“ (in Nr. 215 vom 14. September) eine Frage, die wir so formuliert wissen wollten: „Wird sich nicht endlich einmal ein freisinniger Stadtverordneter finden, der Interesse genug für unsere Gemeindefschule besitzt, um mit Entschiedenheit auf Besserung unserer Schulzustände zu dringen?“

Dieser Vorwurf hat uns, offen gestanden, überrascht. Wir glaubten im Gegenteil in dem Artikel über das Berliner Schulleben den Verdiensten der linksliberalen Stadtverordneten vollkommen gerecht geworden zu sein. Was wir darüber gesagt haben, ist allerdings keine begeisterte Lobpreisung, das ist wahr; aber es ist doch zweifellos eine Anerkennung, wenigstens war es so beabsichtigt.

In der von der „Berl. Ztg.“ wiedergegebenen Form sehen wir freilich unsere Ausführungen wirklich wie eine böswillige Verkleinerung freisinniger Verdienste aus. Im „Vorwärts“ war nämlich in der oben citierten Frage das Wort „Entschiedenheit“ durch „Sperrdruck“ hervorgehoben, die „Berl. Ztg.“ giebt es aber ohne Sperrdruck wieder, so daß der Sinn des Satzes ein anderer wird.

Der Zweck desagten „Totschweigens“ ist nach Ansicht der „Berliner Zeitung“ der, uns zu Wahlzwecken unmerklich eine „freisinnige Stadtverordneten-Mehrheit“ zuzudestillieren. Unter diesem „Sammelnamen“ könne man dann auch die entschieden freisinnigen Elemente der Stadtverordneten-Versammlung für die Haltung der „größeren Zahl der freisinnigen Stadtverordneten“ verantwortlich machen.

Auch die „Berl. Ztg.“ ist mitverantwortlich für das, was die „größere Zahl der freisinnigen Stadtverordneten“ gefündigt haben. Wenn das Blatt und sein Anhang vor die Frage gestellt werden, ob sie bei den Stadtverordnetenwahlen einen socialdemokratischen Kandidaten oder einen „anderen liberalen“ Mann unterstützen sollen, dann werden sie sich nicht einen Augenblick befinden, für den „anderen liberalen“ Mann einzutreten.

Die Straßenbahnlinie Dönhofsplatz—Glogauerstraße beschl. die Große Berliner Straßenbahn bereits am 1. Oktober die zur Anfechtung zu verlängern. Von dem genannten Tage ab soll auf der ganzen Strecke der elektrische Betrieb bei einer Wagenfolge von 10 Minuten in Kraft treten.

Wie die Große Berliner sich ausdehnt. In der gestrigen städtischen Sitzung des Ausschusses der „Großen Berliner Straßenbahn“ wurde beschloffen, einer auf den 12. Oktober d. J. einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung die Ausgabe von neuen Aktien der Gesellschaft im Gesamtbetrag von 22.875.000 M. vorzuschlagen, welche den Aktionären der „Großen Berliner Straßenbahn“ bezw. der „Neuen Berliner Pferdebahn“ im Verhältnis von 2 alten Aktien zu einer neuen Aktie zum Kurse von 120 Proz. anzubieten sind.

Die Stadt Berlin hatte am Schluß des Etatsjahres 1898 eine Schuldenlast von 273.572.133,25 M. An derselben waren beteiligt: die Gaswerke mit 21.947.325,00 M., die Wasserwerke mit 50.320.547,13 M., die Kanalisationswerke mit 91.176.737,57 M., die Märkischen und Schlachthof mit 15.213.023,18 M., die Märkischen mit 26.147.344,78 M.; auf den Stadthaushalt im engeren Sinne entfallen daher 98.767.154,69 M.

Erweiterung des Fernsprechverkehrs. Der Fernsprechlehrer mit Bartenstein (Ostpreußen), Jüntenheerd, Fürstberg (Oder), Köstritz, Obernigk, Pargum, Preußisch-Eulau, Quakenbrück, Ragnitz, Regenwalde, Schwedt, Steinliche und Walendorf (Sachsen-Magdeburg) ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt je eine Mark. — Die öffentlichen Fernsprechstellen in Halensee und Lichterberg bei Berlin werden in demselben Umfang wie die Stadt-Fernsprechverbindungen in den Vororten Bilmersdorf und Friedrichsberg zum Verkehr auf den Verbindungsleitungen des Reichs-Telegraphengebietes zugelassen.

Den Tod im Wasser suchte gestern morgen ein unbekannter Mann, der von der Fernbrücke in den Schiffahrtskanal sprang. Schiffer holten ihn jedoch wieder heraus und ein Schuttmann des 58. Reviers brachte ihn in ein Stankenhäus.

abschneider und soll beim Zusammenbruch der Rheinisch-Westfälischen Bank, bei der Bewahrung des entmündigten Geschäftsdirektors Herz, sowie bei der bedeutenden Gründung des Fuhr- und Transportgeschäftes Weimanns Volksgarten eine höchst fragwürdige Rolle gespielt haben. Er wird in mehreren Fällen des gewohnheits- und gewerbmäßigen Diebstahls beschuldigt. In anderen Fällen, die zum Teil aus dem vorigen, zum Teil aus dem laufenden Jahre datieren, wird er des vollendeten und des versuchten Betruges beschuldigt. Da bei der Höhe der zu erwartenden Strafe Fluchtverdacht und außerdem Kollisionsgefahr vorlag, so beschloß der Untersuchungsrichter beim Landgericht I, Arendt in Untersuchungshaft zu nehmen. Mit der Verhaftung des Haftbefehls war gestern Kriminalkommissar Jilmann beauftragt. Dieser nahm nachmittags um 12 1/2 Uhr in den Räumen in der Kronenstraße zunächst eine Hausdurchsuchung vor und beschlagnahmte einige Bücher. Als er dann Arendt die Verhaftung ankündigte, ergriff dieser ein von ihm auf dem Schreibtische liegendes Radiermesser und versuchte, sich durch einen Stich in das Herz zu töten. Das Messer drang auch ziemlich tief in die linke Brustseite ein, scheint aber das Herz doch nicht oder wenigstens nicht schwer getroffen zu haben. Arendt vergoß viel Blut und brach zusammen. Kommissar Jilmann ließ sofort aus der Nachbarschaft mehrere Kräfte holen, die dem Verletzten einen Notverband anlegten, und brachte diesen dann als Polizeigefangenen nach der Charité.

**Durch einen Sturz vom Dache** ist gestern vormittag um 9 Uhr der 15 Jahre alte Klempnerlehrling Franz Stramm, dessen Eltern in der Müllerstraße 36 wohnen, auf dem Grundstück Zeltowerstraße 39 tödlich verunglückt. Der Lehrling sollte vormittags seinem Meister Oheim aus der Zeltowerstraße 33, bei dem er auch wohnte, bei Ausbesserungsarbeiten auf dem Dache des Hauses 39 helfen. Ohne Wissen des Meisters ging er schon früher als dieser weg und machte sich allein auf dem schrägen Ziegeldache zu schaffen, ohne daß er mit der Sicherungsleine angebunden war. Infolge der Glätte, die der Regen hervorrief, rutschte er ab und stürzte in den Hof hinab. Schon nach zehn Minuten erlag er seinen schrecklichen Verletzungen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und in das Schaubaus gebracht.

**Eine Vergiftung infolge Genußes verdorbener Milch** hat sich die Gattin des Ingenieurs R. aus der Friedrichstadt unter Umständen zugezogen, die auffällig erscheinen. Die Milch war Frau R. bei Gelegenheit eines Ausflugs in einem Restaurant in der Nähe des Kaiser-Wilhelm-Turmes vorgelegt worden; sie wies einen deutlichen Kadavergeruch auf; hinterher stellte sie heraus, daß die der Dame verabfolgte Milch vorher zur Konservierung von Fleisch verwendet worden war, und daß dieses Fleisch selbst infolge zu langer Aufbewahrung verdorben war. Frau R. ist, obgleich sie nur einen Schluck des fragwürdigen Getränks zu sich genommen hatte, schwer erkrankt, doch befindet sie sich auf dem Wege der Besserung. Der behandelnde Arzt, Professor Dr. Rosenberg, stellte deutliche Vergiftungserscheinungen fest.

**Zur Säbelsaite Luttas-Böttich.** Der Geizer Luttas, der, wie unsere Leser wissen, von dem Oberleutnant Böttich gelegentlich eines Rencontre in der Wiltonstraße durch Säbelsaite herangeführt worden ist, daß er wochenlang im Elisabeth-Krankenhaus hat zubringen müssen, hat, wie die „Welt“ hört, nunmehr durch seinen Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Rothenfeld, beim Landgericht I hier selbst gegen den Offizier eine Schadenersatzklage anbringen lassen. Die Militärbehörde hat sich in der Angelegenheit bekanntlich dahin geäußert, daß dem Oberleutnant Böttich keine Schuld an dem Rencontre beizumessen sei, daß er sich vielmehr durchaus „korrekt“ benommen habe, und daß alle Schuld dem Geizer Luttas beizumessen sei. Es bleibt nunmehr abzuwarten, wie das Zivilgericht den Fall beurteilen wird.

**Straßenverengungen.** Die Borsdorferstraße von der Weichenburger- bis zur Diederichsenstraße und von der Straßburgerstraße bis zur Prenzlauer Allee wird behufs Umplasterung. Die erstere Straße vom 20. bis zum 27. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. Ferner tritt für die Auguststraße zur Verlegung von Straßenbahnwagen die Sperrung ein. Wegen Umplasterung wird vom 21. ab die Ködenerstraße von der Hagelsberger- bis zur Kreuzbergstraße gesperrt.

**Von den Mörder des Bildhauers Luigi Valentini** hat die Polizei — man könnte fast sagen selbstverständlich — bis jetzt noch keine Spur entdeckt. Nach der „Post“ hütet sich die Kriminalpolizei, an deren Spitze der kürzlich verordnete Polizeidirektor v. Weerscheidt-Hillebrand steht, mit großer Gewissenhaftigkeit, der Presse etwas von dem Gange der Ermittlungen mitzuteilen. Die „Post“ macht der Polizei daraus einen Vorwurf. Unseres Erachtens mit Unrecht, denn wahrscheinlich wird, nach den Miferfolgen bei früheren Mordtaten zu rechnen, die Sache so liegen, daß die Polizei der Presse auch beim besten Willen nicht zu sagen weiß. Erklärlicherweise beschäftigt der Raubmord die Öffentlichkeit in hohem Grade. Der Täter, der von der Polizei nicht mehr gesperrt worden ist, wird ununterbrochen von vielen Menschen bejuchelt, die dabei ihr Verstaunen zu erkennen geben, daß die Öffentlichkeit nicht im geringsten mit dem von einigen hiesigen Zeitungen gebrachten Plan übereinstimmt. Auch die Angaben einzelner Blätter, daß Valentini mit der Ehefrau des Kolonialwaren-Händlers W. aus der Wilhelmstraße in innigem Verkehr gestanden und sich der Ehefrau deshalb erschossen habe, bestätigen sich nicht. W. hat sich vor fünf Jahren die Pulsadern geöffnet, weil seine Frau sich mit einem Schauspieler R. eingelassen hatte. Valentini war wohl empfänglich für die weiblichen Reize, aber er lebte höchst einfach und war sehr thätig in seinem Geschäft. In der letzten Zeit hatte er Studiarbeiten für den Dom und das Zentral-Hotel auszuführen. Für diese erhielt er vor einige Wochen 1000 M. ausgezahlt. Das Geld muß aber nicht ausgereicht haben, denn es ist festgestellt worden, daß er sich noch am Freitag 150 M. von einem Bekannten zur Lohnzahlung geliehen hat, was darauf schließen läßt, daß W. keine größere Summe bei sich gehabt haben und die Beute der Mörder nur gering gewesen sein kann. Die Vernehmung der Arbeiter und Arbeiterinnen des Valentini hat kein Ergebnis gehabt, auch die Estrierung mehrerer Personen, die verdächtigt worden waren, sind erfolglos gewesen. Viel besprochen wird, daß der Sohn des Hausverwalters Wolff am letzten Sonnabend auf der Treppe des Vorderhauses Wilhelmstr. 118 einen Jettel fand, auf den folgende Worte geschrieben waren: „Der diesen Jettel findet, hebt einen Schatz und ist morgen eine Leiche.“ Bemerkenswert ist übrigens, daß der Raubmord an dem Verwalter Karl Haseloff, der am 1. Januar d. J. auf dem Grundstück des Dr. Ellan, Zegelerstraße 15, ermordet wurde, mit der Ermordung des Valentini eine große Ähnlichkeit hatte. In der Zegelerstr. 15 wurde von zwei Männern ein Einbruch verübt, deren Beschreibung auch auf die beiden Männer paßt, die Valentini ermordet haben. In der Zegelerstraße wurde auch ein Stemmstein von den Mörderinnen benutzt, die damit dem Hausverwalter die tödliche Wunde an der Schläfe und am rechten Auge beibrachten. Haseloff stieß auf die Einbrecher und soll nach den Mutmaßungen im Schnee auch von einem getroffen haben. Die geraubte Uhr ist noch nicht zum Vorschein gekommen. Ob das Riffertblatt die Aufschrift Luigi Valentini noch enthält, ist zweifelhaft; denn man hat ermittelt, daß der Name mit einem Stifte geschrieben ist und leicht, etwa mit einem nassen Finger, wieder abgewischt werden kann.

**Ein eigenartiger Unfall** ließ gestern Abend einem Heuwagen des Mittergutes Dahlem zu. Die Schloßbrücke in Charlottenburg ist schon ziemlich schlecht, die eine Klappe schließt nicht mehr recht. Wegen diese fuhr der Heuwagen an und der Kutscher sowie zwei Frauen, die oben auf dem Heu saßen, flogen über das Geländer der Brücke hinweg in die Spree. Alle drei wurden durch Schiffer gerettet.

**Theater.** Im Schiller-Theater soll Tosca's Romdile „Die Macht der Finsternis“ in nächster Zeit aufgeführt werden. — Im Odeon-Theater wird ein Stück „Der Weltuntergang“ vorgebereitet.

### Aus den Nachbarorten.

**Schöneberg.** Donnerstagabend 8 Uhr spricht Frau Lina Braun im Klubhause, Hauptstraße 56, in einer Volksversammlung über die Stellung der Frau in der Arbeiterbewegung. Zahlreichen Besuch, namentlich der Frauen, erwartet. Die Vertrauensperson.

**Steglitz.** Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag ein Flugblatt verteilt wird. Die Parteigenossen wollen sich in folgenden Lokalen einfinden: 1. Bezirk: Schellhase, Ahornstr. 15a. 2. Bezirk: Gärtner, Schloßstr. 9. 3. Bezirk: Schimrod, Düppelstr. 7. 4. Bezirk: Reumann, Post. 5. Bezirk: Gies, Marksteinstr. 1.

**In Friedrichsfelde** ist die nächste Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins am Donnerstagabend 8 1/2 Uhr bei Schulz, Genosse Schall spricht über Syphilis und Prostitution. Der zweite Kassierer Karl Schulz nimmt jederzeit Beiträge entgegen; die Generalversammlung tagt am 3. Oktober, nachmittags 4 Uhr, bei Schulz.

**Niedorf.** In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten sind auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion folgende Gegenstände auf die Tagesordnung gesetzt worden: 1. Eine Anfrage an den Magistrat, was derselbe gegen die aus der Pfasterungsweise in der Hermannstraße für Anwohner, Passanten etc. entstandenen Schäden zu thun gedenkt. 2. Ein Antrag auf Anstellung von Schulärzten. 3. Ein Antrag auf Einführung obligatorischer unentgeltlicher Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten.

**Schöneberg.** Die Stadtverordneten-Versammlung vom 18. September beschäftigte sich mit der Bewilligung von 452,26 M. für provisorische Pfasterung eines Teils der Gehlerstraße, da sich zwei der dabei in Betracht kommenden Abcainen weigerten, für diese Kosten aufzukommen. Der frühere Gemeindevorstand hatte unterlassen, diesen Betrag vor Beginn der Pfasterung auf die übrigen Anlieger zu verteilen; auch der Versuch, des jetzigen Magistrats, die Kosten von den früheren Eigentümern der Grundstücke einzuziehen, ist ohne Erfolg geblieben. Vom Stadtverordneten Griz wird empfohlen, den Eingang der in Betracht kommenden Grundstücke einfach zu zumauern, um so die jetzigen Besitzer zur Beitragsleistung zu zwingen. Nach lebhafter Debatte wurde beschlossen, daß die Kosten der Pfasterung aus den städtischen Mitteln gedeckt werden sollen. — Recht eingehend beschäftigte man sich mit der Abänderung des mit der Großen Berliner Straßenbahn geschlossenen Vertrages. Diese Abänderung geht dahin, daß statt der Vertragslinie Zietenstraße von Wilton- bis Winterfeldstraße und Winterfeldstraße die Errichtung einer Linie Wiltonstraße von Zietenstraße bis Kollendorfsplatz und Maagenstraße von Kollendorfsplatz bis Winterfeldplatz erfolgt. Die Fortsetzung dieser Linie soll dann statt durch die Gleditschstraße durch die Goltzstraße, Alaxienstraße und Pelzigerstraße gehen. Während der Magistrat es für richtig hält, daß im Interesse des Verkehrs diese Abänderung vorgenommen wird, glaubt ein Teil der Stadtverordneten darin eine Schädigung finanzieller Art zu erblicken, da durch Mitbenutzung des Geleises der westlichen Vorortbahn die vertragliche Abgabe wegfällt. Nachdem der Stadtrat Daulenkei diese Bedenken geäußert hat, beschließt die Versammlung, daß unter entsprechender Abänderung des mit der Großen Berliner Straßenbahn geschlossenen Vertrages die Linie Wiltonstraße von Zietenstraße bis Kollendorfsplatz und Maagenstraße von Kollendorfsplatz bis Winterfeldplatz gebaut wird. — Ohne größere Debatte erfolgt die Bewilligung von 630 M. zur Verbesserung der Heizungs- und Lüftungsanlagen im Stadtverordneten-Sitzungsaal.

**Für den Verkauf und die Behandlung von Kuhmilch in Schöneberg** hat jetzt der dortige Polizeidirektor eine neue Verordnung erlassen. Sie bestimmt, daß, wer in Schöneberg gewerbmäßig Milch einführen und verkaufen, oder wer Milchläden zum Zwecke des Erwerbs halten will, dies der Polizeidirektion unter Angabe der regelmäßigen Bezugsquelle bezw. der Zahl der Milchläden vorher anzuzeigen hat. Die Besitzer von Milchläden in Schöneberg müssen sich jederzeit die Verichtigung und Untersuchung ihres Bestandes durch den beauftragten Tierarzt oder seine Vertretung gefallen lassen. Wer in Schöneberg seine Milchwirtschaft als „Sanitätsmolkerei“ oder als „unter tierärztlicher“ bezw. „ärztlicher Kontrolle resp. Aufsicht stehend“, als „ärztlich empfohlen“, „Milchur-Anstalt“ oder mit ähnlichen Namen bezeichnen will, hat dies ebenfalls der Polizeidirektion anzuzeigen. Die Verordnung tritt am 15. Oktober 1899 in Kraft.

**Reinickendorf.** In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung gab der Vorsitzende Kenntnis vom Stande der Kanalisationsanlagen und bemerkte, daß die Kanalanlage, falls eine Entwässerung nach dem Tegeler See gestattet würde, in der Leidy- oder Holländerstraße vorteilhafter angebracht werden könnte. Es würde damit ein 30 Pferdekraft starker Elektromotor, welcher ca. 7000 M. jährlich Betriebskosten erfordert, erspart werden. Außerdem bemerke der Vorsitzende, daß die Kanalisation notwendigerweise die Befestigung der Grabensole des Seegrabens, der den Reinickendorfer mit dem Tegeler See verbindet, erforderlich mache. Die Gemeindevertretung beschloß, die Angelegenheit der Kanalisationskommission zur Prüfung zu überweisen. Bezüglich des zu errichtenden Wasserwerkes teilte der Vorsitzende mit, daß sich der Ingenieur bei der Berechnung der Rohrlängen in den Straßen geirrt habe und daß sich die Kosten des Rohrnetzes um 240 000 M. erhöhen. Die Gemeindevertretung nahm mit dem Ausdruck lebhaften Bedauerns von dieser fatalen Notiz Kenntnis. Zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung bemerkt der Vorsitzende, daß der Polizeipräsident von Berlin am 1. Januar 1900 einen Reinickendörfer und zwei Reinickendörfer als stationären bedienstete und die erforderlichen Dienststände gegen eine angemessene Entschädigung beanwuchen. Gleichzeitig wolle von diesem Zeitpunkt ab ein regulärer Nachtdienst eingeführt werden, der von örtlichen Polizeibeamten mit übernommen werden könnte. Weiter würde es sich fragen, ob der Polizeibeamter, der Nachtdienst gehabt habe, am Tage zum Dienst verwendet werden solle. Nach einer längeren Diskussion wurde beschlossen, der Kriminalpolizei die erforderlichen Räume gegen Entschädigung von 300 M. jährlich zur Verfügung zu stellen und die Polizeibeamten, welche in ihrer Nachtruhe in der Wachtstube wohl kaum gestört werden dürften (?), auch für den Tagesdienst zu verwenden. Bei Beschlußfassung über die erforderliche Abänderung der Polizei-Verordnung, betreffend die Verweisung von Kindern in gewerblichen Betrieben bemerke der Vorsitzende, daß die Gemeindevertretung sich schon im Jahre 1896 bereits mit der Verordnung beschäftigt habe und daß die neueste Verfügung des Regierungspräsidenten erheblich weitere Einschränkung fordere. Nach einer längeren Debatte beschloß die Gemeindevertretung, daß Kinder vor dem neunten Lebensjahre überhaupt nicht zu gewerblichen Arbeiten herangezogen werden dürfen und daß für sie im Alter von über neun Jahren im Winter in der Zeit von 9 Uhr abends bis morgens 7 Uhr, und im Sommer von 10 Uhr abends bis morgens 6 Uhr die Beschäftigung verboten ist. Zum Schluß wurde noch mitgeteilt, daß die Kosten der am 1. Dezember 1900 stattfindenden Volkszählung sich pro Kopf der Bevölkerung auf 6 Pf. stellen würden. Die Gemeindevertretung bewilligte hierzu die erforderlichen Mittel.

**Zwei schwere Fahrstuhl-Unfälle** werden aus den letzten Tagen gemeldet. Auf einem Reuban in der Gelsbergstraße zu Charlottenburg war am Sonnabend der Aufzug, mit dem die Baumaterialien in die oberen Stockwerke hinaufgenommen werden, schadhaft geworden. Der 28 Jahre alte Schlosser Heiglin war dabei, eine der beiden Förderbahnen unten im Erdgeschoß auszulassen, während die andere oben schwebte. Diese kam nun plötzlich mit dem Kalkstein beladen heruntergefallen und fiel dem Schlosser auf den Kopf. Der

herunterfallende Kasten traf den jungen Mann an einer Schulter und einem Bein. Der Verunglückte wurde mit schweren Verletzungen durch die Rettungsgesellschaft in das Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Hier starb er noch am selben Abend. — In der Köpferlei von Krüger in der Berlinerstraße zu Rankow verlor gestern nachmittags der Fahrstuhl. Während dieser im dritten Stockwerk stand, wollte der 21 Jahre alte Typsetzer Albert Meyer aus der Schönhäuser Allee 135 an der Bindevorrichtung im zweiten Stock etwas in Ordnung bringen. Da sich das Seil und der Fahrstuhl fiel Meyer auf den Kopf und verletzte ihn schwer. Ein Kofferverrettungswagen brachte den Verunglückten nach der Charité.

**Ein entsetzlicher Unglücksfall** hat sich gestern vormittag auf dem Artillerie-Schießplatz zu Fäterbog zugetragen. Durch Blindgänger wurde der Kanonier Fehling von der 2. Lehrkompanie der Artillerie-Schießschule schwer verletzt. Er hat den Verlust beider Augen zu besorgen und erlitt eine schwere Schädelverletzung sowie eine Verletzung der linken Hand.

**Aus Spandau** wird berichtet: In Holland ist der seit zwei Monaten aus Spandau verschwundene Brauereibesitzer Adianus aufgetaucht. In dem über sein Vermögen angebrochenen Konkurs stehen den Gläubigern in Betrage von 70 000 M. nur ca. 600 M. Aktiva gegenüber, so daß nicht einmal die rückständigen Arbeitslöhne und Steuern voll beglichen werden können. Die Arbeiter erhalten etwa ein Drittel ihrer bevorrechtigten Forderungen.

**Selbstmordversuch eines Liebespaars.** Im Walde bei Schladensee verließen sich gestern zwei junge Leute mittelst Revolver zu erschließen. Es handelt sich um den Dreifürer A. der Ballett-Gesellschaft aus Schöneberg und um seine Braut, die Näherin E., die hier in Berlin in der Wallfadenstraße wohnt. Beide verletzten sich nur leicht und konnten das Atonlethaus in Rowaas aussuchen. Ueber die Ursache zur That machte das Paar keine Angaben.

### Gerichts-Beilage.

**Unter der Anklage des versuchten Mordes** stand gestern der Korbmachergehilfe Robert Johann Scherer vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Der Sachverhalt war ein höchst einfacher. Der 44 Jahre alte Angeklagte ist verheiratet und hat 4 Kinder. Seit den letzten 3 Jahren lebte er von seiner Familie getrennt. Im Frühjahr 1897 lernte er die damals 23jährige Fabrikarbeiterin Olga Metich in einer Vereinsfestlichkeit kennen und verlobte sich mit ihr. Er näherte sich ihr und machte ihr Heiratsversprechungen, wobei er versicherte, daß er nie verheiratet gewesen sei. Das Mädchen verhielt sich zunächst ablehnend, ließ sich aber schließlich herbei, seine Werbung anzunehmen. Das Verhältnis hielt sich in den Grenzen des Anstandes, denn die Metich war charakterfest und außerdem von einem unbestimmten Mißtrauen gegen den Angeklagten erfüllt. Im Oktober 1897 machte der Angeklagte ihr das Anerbieten, sie solle eine Wohnung mieten; er wolle zu ihr ziehen, sich mit ihr verloben und sie nach einigen Monaten heiraten. Die Metich lehnte dies ab. Sie hatte inzwischen ihrem Schwager von dem Verhältnisse Mitteilung gemacht und dieser fand sich veranlaßt, Erkundigungen über den Angeklagten einzuziehen. Es wurde ihm mitgeteilt, daß Scherer verheiratet sei, sich aber um seine Familie nicht kümmere. Er sei zwar ein thätiger Arbeiter, aber liebedürftig und zum Teufel geneigt. Nun erklärte die Metich dem Angeklagten, daß sie jede Beziehung zu ihm abbrechen wolle. Von dieser Zeit an verfolgte der Angeklagte sie etwa ein Jahr lang auf Schritt und Tritt. Sie konnte schließlich nicht allein von der Arbeitshalle nach ihrer Wohnung gehen. Im Februar dieses Jahres laudte ihr der Angeklagte eine Postkarte des unflätigsten Inhalts zu. Die Metich zeigte ihn wegen Beleidigung an, worauf Scherer zu einer Geldstrafe von 10 Mark verurteilt wurde. Bei der nächsten Vernehmung auf der Straße bearbeitete der Angeklagte das Mädchen mit einem Gummihandschuh. Dies wurde am 18. Mai durch Urteil des Schöffengerichts mit einer Gefängnisstrafe von zehn Tagen geahndet. Am folgenden Tage kaufte der Angeklagte einen Revolver, den er vom Verkäufer mit sechs scharfen Patronen laden ließ. Als die Metich am Abend des 18. Mai ihre in der Reichslorenzstraße gelegene Arbeitsstelle verließ, sah sie, daß der Angeklagte ihr auf der Straße auflauerte. Ihr ahnte nichts Gutes, sie ging aber ruhig ihres Wegs nach der Jannowitzbrücke zu, um die Stadtbahn zu benutzen. Sie hatte bereits die Treppe, die zum Wahnsteig führt, erreicht, als plötzlich der Angeklagte, der ihr gefolgt war, vor sie sprang, den Revolver zog, ihn in einer Entfernung von zwei Schritten gegen ihren Kopf richtete und abdrückte. Der Schuß verlagte, weil der Revolver mangelhaft war. Die Nähestehenden hörten das Knallen des Hahnes und dabei die Worte des Angeklagten: „Ich bin auch noch da.“ Bevor er noch einmal abdrücken konnte, war er um den Oberkörper gepackt. Der Revolver wurde ihm entwandten. Der Angeklagte ließ sich ruhig zur Wache führen.

Die Geschworenen sprachen ihn schuldig der versuchten Tötung unter Jubilation von milderen Umständen.

Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf drei Jahre Gefängnis, das Urteil des Gerichtshofes dem Entzage entsprechend.

**Wegen eines groben Vertrauensbruchs** wurde gestern der Kaufmann Anno v. Hollwede vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen. Der Angeklagte war seit 1892 Leiter der hiesigen Filiale des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen in Leipzig. Er hatte die vollständige selbständige Führung der Geschäfte des großen Verbandes für den Bezirk Berlin, die Einzahlungen und Auszahlungen lagen dem unter ihm stehenden Kassierer Heins ob. Der Angeklagte hatte die von letzterem geführte unregelmäßige und unrichtige und in gewissen Zeiträumen Abrechnungen nach Leipzig zu schicken, die von ihm und dem Kassierer Heins unterschrieben werden mußten. Diese Abrechnungen waren unregelmäßig durchaus richtig. Bei einer unvermutet am 28. Dezember 1898 durch den aus Leipzig gekommenen Direktor Verward vorgenommenen Kassierenrevision stellte es sich heraus, daß ca. 7000 M. an der Kasse fehlten, von Hollwede hat dieses seit Jahren bestehende und stets größer gewordene Pando dadurch zu verdecken gesucht, daß er erfolgte Einzahlungen erst als später eingegangen nach Leipzig ausgab. Der Vöcherrevisor Doers hat festgestellt, daß ein Fehlbetrag von 6647 M. vorhanden war. Der Angeklagte bestritt seine Schuld und behauptete, daß er wiederholt vom Kassierer Vorwürfe sich habe geben lassen und die nicht zutreffenden Angaben über die Kasseneingänge nur aus dem Grunde gemacht habe, damit man in Leipzig nicht sehen sollte, daß hier ein großer Kassenbestand vorhanden sein mußte, der wegen seiner Größe vorwärtsmäßig nach Leipzig hätte übergeführt werden müssen. Da die Direktion in Leipzig der Ansicht ist, daß die Unregelmäßigkeiten des Angeklagten nicht ohne Wissen und Willen des Kassierers hätten vor sich gehen können, so hat sie die vom Kassierer gestellte Bürgschaft in Anspruch genommen, der letztere hat dagegen den Klagenweg beschritten und der Zivilstreit ist bis zur Entscheidung dieses Strafverfahrens ausgesetzt worden. Der als Zeuge vernommene Kassierer Heins bestritt nachdrücklich, irgendwelche Kenntnis von den Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung, die der ihm vorgelegte Angeklagte begangen haben soll, gehabt zu haben. Die umfangreiche Beweisaufnahme brachte den Staatsanwalt zu der vollen Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten. Als Schuldbezeuge zog der Staatsanwalt u. a. den Umstand heran, daß der Angeklagte die Vergütung des Verbandes veranlaßt hatte, ihre Honorarrechnungen vorgutachten, daß er eine etwas ungewöhnliche Geschäftsführung und Buchführung eingeführt und in einem Briefe an die Direktion ein gewisses Schuldbekenntnis abgelegt und um Gnade gebeten hatte. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. Rechtsanwält Leond. Friedmann erachtete die Schuld des Angeklagten nicht für zweifellos erwiesen, machte eine Reihe juristischer Bedenken



# 5. Kreis.

Donnerstag, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Schützenhaus“, Linienstraße 5:

## Oeffentl. Parteiverammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Delegierten von der Provinzial-Konferenz. 2. Wahl von Redaktoren. 3. Fortsetzung der Diskussion über den Parteitag in Hannover.  
Am zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersuchen  
Die Vertrauensleute.

## Achtung! MAURER Achtung!

### Vertrauensmänner-Centralisation.

Am Donnerstag, den 21. September cr., abends 8 Uhr, in Cohns Festsaal, Weithstraße Nr. 21-22:

## Große öffentliche Versammlung der Maurer Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht über eingelaufene Einwendungen zur letzten Abrechnung. 2. Die gegenwärtigen Streiks im Bau- und Holzgewerbe Berlins und Umgegend und das Verhalten der Maurer. 3. Situationsbericht und Verschiedenes.  
Kollegen, da es doch so oft und viel vorkommt, dass wir durch die Streiks anderer verwandter Berufe in Mitleidenschaft gezogen werden, ist es notwendig, auch Beschlüsse zu fassen, nach denen die Lohnkommission sowie die Kollegen zu arbeiten haben, auch weil in dieser Versammlung über die fernere Weisung zum Streikfonds Beschlüsse gefasst werden soll, ist es dringend geboten, diese Versammlung möglichst gut zu besuchen.  
191/11 Die Lohnkommission. J. A.: Fritz Kater.

## Socialdemokratischer Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg

Donnerstag, den 21. d. M., abends 8 Uhr, im Saale der Brauerei „Gambrianus“, Wallstr. 94:

## Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Vereindangelegenheiten. — Neue Mitglieder werden aufgenommen.  
Der Vorstand.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Cohn, Weithstraße Nr. 20-21:

## Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:  
1. Anträge betreffend Unterstützung bei Streiks. 2. Die Lohnbewegung in verschiedenen Branchen der Holzindustrie. 3. Werkstattstreiks und Disziplinarstrafen. — Jede Werkstatt muss vertreten sein.  
121/13 Die Ortsverwaltung.

Direkter Verkauf an das Privatpublikum!  
**Möbeltischlerei**  
für 25032\*  
**Wohnungs-Einrichtungen,**  
sowie einzelne Möbel zu Fabrikpreisen.  
**G. A. Noack, Tischlermeister, Berlin,**  
Luisen-Ufer 22, Ecke Dresdenstraße,  
am Craniensplatz.  
Garantie für dauerhafte und gute Arbeit.  
Kataloge franco!

## Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.  
Donnerstag, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:

## Vertrauensmänner-Konferenz der Former.

Jede Gießerei muß durch einen Delegierten vertreten sein.  
Die Ortsverwaltung.

Soeben erschien im Verlag der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“:

## Stenogramm der Verhandlungen im Prozeß Dreyfus

vor dem Kriegsgericht in Rennes.  
Lieferung 1 bis 5.  
64 Seiten 8°. Preis a Lieferung 20 Pfennig.  
233/3  
Zu beziehen durch alle Kolporteurs und die  
**Buchhandlung Vorwärts.**

**Möbel** und **Polsterwaren.** Reelle Arbeit.  
Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. 24379\*  
**Franz Tutzauer, Brunnenstraße 152.**

## Neue Freie Volksbühne

Sonntag, den 24. September, nachmittags 2 1/2 Uhr:

im Schiller-Theater, Wallner-Theaterstr. 35:

## Maria Stuart.

Trauerspiel in 5 Aufzügen von Fr. v. Schiller.  
Billets a 75 Pf. inkl. Garderobe sind in folgenden Zahlstellen zu haben:  
S. Herm. Bobler, Kommandantenstr. 62, Kaufm.-Genossenschaft „Vereinsfreunde“, Schillerstr. 6; N. E. Schmidt, Tredestr. 22; NO. W. Schroll, Landwehrstr. 3; NW. Herm. Becker, Glogowstr. 9; SO. Th. Stampehl, Mariannenstr. 26; außerdem bei Adolph Löhr, Adlerstr. 38, II. 150/14

## Verein socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend.

Freitag, den 22. d. M., nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen  
Zubeil, Lindenstraße Nr. 106:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes. — Zu zahlreichem Besuch ladet ein  
Der Vorstand. J. A.: Ferdinand Ewald.

## Thiels Festsäle

Inhaber **Wilhelm Wolf**  
Friedrichstr. 36 a. 20886  
Durch unvorhergesehenen Fall ist mein Saal für 250 Personen am Sonnabend, den 30. September, frei und empfehle denselben angelegentlich.

## Achtung! Vereine! Englischer Garten

Alexanderstr. 27c.  
Neu renoviert!  
2 grosse Parkettsäle sind noch einige Sonnabende und Sonntage im September und Oktober zu vergeben.  
23602\* C. Hoffmann.

## „Tip Top“

Cigarre, groß, qualitativ und sehr preiswert sollte jeder rauchen und nicht die teuren Detailpreise zahlen.  
100 Stück 5 M. franco geg. Nachn.  
Alfred Dörfler, Hamburg II.

## Mittwoch, den 20. September 1899, abends 8 1/2 Uhr: Grosse Versammlung

aller im  
**Handels- u. Gewerbe thätigen Personen**  
in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Pfannkuch: „Der geistliche Lebenslauf.“ 2. Vortrag des Kollegen August Hintze: „Die Berliner Stadtverordneten und die Sonntagruhe.“ 3. Diskussion.  
Sämtliche Stadtverordnete sind herzlich eingeladen worden.  
Der Vertrauensmann  
der Berliner Handlungsgehilfen und -Schiffknechte.

## Möbel auf Teilzahl. Oranienstr. 181.

besuchen Sie H. & M. Lewent. Beamten-Zahl-Verd. H. & M. Lewent. ohne Anzahl.

Statt jeder besonderen Anzeige!  
Am 18. d. Mts., 6 1/2 Uhr abends  
entschied nach zweitägigem Krankenlager an Herzlähmung unser innig geliebter Mann, Vater, Schwiegervater und Großvater, der Restaurateur  
**Ferdinand Grande.**

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. d. Mts., 1 1/2 Uhr nachmittags, statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
**Marie Jacobs**  
geb. Wunsch  
den 18. September, nachmittags 2 1/2 Uhr, sanft entschlafen ist.  
Die Beerdigung findet am 21. d. Mts., nachmittags 5 Uhr von der Halle der Dantes-Gemeinde aus statt. 20850  
Der trauernde Gatte **H. Jacobs**  
nebst Kindern.

## Todes-Anzeige.

Am Sonntag, den 17. September, starb nach halbjährigem Leiden unser Kollege  
**Friedrich Kadatz.**  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Kranzhaus-Grube aus statt. Um rege Beteiligung der Kollegen behufs Nachfolge wird gebeten.  
Zahlstelle Berlin II  
der Bau- u. gewerblich. Hilfsarbeiter.  
20875 Die Ortsverwaltung.

## Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zahlstelle Charlottenburg.  
Am 14. September verstarb als Opfer seines Berufes infolge Unfalls unser Verbandskollege  
**Fritz Lubitz**  
im Alter von 33 Jahren.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Louise-Kirchhofes am Fürstenbrunnener Weg aus statt.  
Der Vorstand.  
monatlich 10 M.  
Herrn Kardorfs  
n. No. Tomporowski, Schneiderstr.,  
Reanderstr. 16, II, an der Kassenstr.  
(Auch das Kassa billigte Briefe.) \*

## Teilzahlung

auf Teilzahl. Oranienstr. 181.  
besuchen Sie H. & M. Lewent. Beamten-Zahl-Verd. H. & M. Lewent. ohne Anzahl.

# Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig.  
Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**Verkäufe.**  
Bücherkassette, gutgehend, veräußert. Fiedrichstraße 44. 20676  
Möbelfabrik, Oranienstraße 173, nahe Craniensplatz. Billigster Einkauf von Wohnungs-Einrichtungen, auch einzeln: Schlafsofa 33,00, Kleiderschrank, Vertikow 37,00, Bildergarnitur 98,00, Vaneelssofa 86,00, Bettstellen, Matratzen 30,00, Truemeat, Buffets, Herren, Damen-Schreibische, Mischelbettstellen, Ausziehbisch 18,00, Spiegel, Spiegelspindeln 26,00, Küchenmöbel. Auch Teilzahlung. \*

Möbel, bar und Teilzahlung, billig. Frankfurter Allee 110, I. Ecke Königbergerstraße. 1378\*

Rustbaummöbel, ganze Wirtschaft, wegen Wegzugs spottbillig Waldemarstraße 69, I. hint. 99K\*

Beuten, Teppiche, Gardinen, Tischdecken, Tapeten, Portieren, Anzüge, Hüte, Regulator, Remonteur, Uhren spottbillig Wandstraße Reanderstraße 6. 111/1\*

Rahmenarbeiten sämtlicher Systeme ohne Anzahlung. Bestattung Postkarte. Wandstr. Vorkingstraße 16. 20885

Fahrradhändler kaufen sämtliche Zubehör- und Ersatzteile, sowie Gefelle, gepanzerte Räder sehr vorteilhaft. Fahrradartikel on gros, jetzt Vulkanerstraße 3. 113/5\*

Wassermotor, stehend, sechs Pferdekräfte, fast neu, Zeitpumpen, Drehschiff, Profilmaschine verkauft billig. Bahnräderlager Vulkanerstraße 3. 113/2

Sofa, spottbillig, Hüter, Friedenstraße 104. 26785

Angeschmuckte Damenhandschen mit hübscher Handhüder, Kellnerhandschen, sonst tabellos, von 1,10 an. Ebenso Damenhandschen mit eleganten Stidereien von 1,30. Handhüder: Käsefabrik Donig, Alexanderstraße 30, Vorderhand I. 1578\*

Sammeltische zu Kinderkleidern, Anabenanzügen, auch pünktweise, Plüschschiffe, Reiterhandlung, Neue Königstraße 30, 1 Treppe. 161K\*

Tuchstoffe, Buckskin, Cheviotstoffe spottbillig Neue Königstraße 30. 20840

Reiterverkauf. Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Neue Königstraße 30. 161K\*

Mischelspindeln 27, Mischelbetten 18. Umberschöne Vaneel, Tafeln und Stoffsofa. Vollständige Wohnungs-Einrichtungen spottbillig. Alle Arten Küchenmöbel. Dirschowitz, Oranienstraße 194, Eingang Mariannenstraße. 1628\*

Gutgehendes Restaurant billig zu verkaufen. Offerten unter F. 4 nimmt die Expedition des „Vorwärts“ entgegen. 20935

**Vermischte Anzeigen.**

**Elektra, Pringensstraße 55.** Neuer Praktikum für Elektrotechnik. Aufnahme jederzeit.

**Elektrotechnik.** Neuer Abendkursus Ende September. Keine Vorkenntnisse. Vorzügliche Lehrmethode. Stützende Resultate. Jeugnis. Stellensuchen. Bedeutende Zukunft für alle Branchen, namentlich Metallgewerbe. Anmeldung persönlich, auch Sonntagvormittags. Nation, Alte Jatostraße 24. 112/2\*

**Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Bürger, Siegelstr. 65.** 129K\*

**Leitungs-Rarten und Kunstschiff-Stempel** liefert seit 20 Jahren für tausende Rarten und Vereine Jean Holz, Hamburg, Große Drechbahn 45. Illustrierte Preislisten gratis. 134/1

**Mechanische Strumpfwirkeri** T. A. Clement, Reinickendorferstraße 56. Strümpfe werden auf der Maschine sauber und billig neu- und angestrickt. Gleichzeitig empfehle mein großes Lager Wolle und Baumwolle. Spezialität: Schweinwolle. 112K

**Musikunterricht: Klavier, Orchester** für Unbemittelte Oranienstraße 118.

**Elektra, Pringensstraße 55.** Neuer Abendkursus, beginnend Donnerstag, 21. September. Gebirge praktische und theoretische Ausbildung für Elektromonteurs, Installateure, alle Metallgewerbe, Kaufleute. Keine Vorkenntnisse. Diplomegenüßig. Stellensuchen. Preisplan gratis. Anmeldung täglich, auch Sonntagvormittags. 112K

**Bereitschaft** zu 60 Personen zu vergeben. Pfefferberger Kaufhaus, Brückenstraße 2. 20840

**Große und kleine Vereinszimmer** nach Montag und Mittwoch zu vergeben. Klein, Vorkingplatz 8. 172

## Vermietungen.

**Zimmer.**

Teilnehmer, möbliertes Zimmer, Große Frankfurterstraße 15 vorn parterre, Soers. 156

**Wohnzimmer** Statlerstraße 1, IV. Etage. 20056

## Arbeitsmarkt.

**Stellengesuche.**

Junge gebildete Dame, Krankenpflegerin, sucht Stellung, eventuell stundenweise Beschäftigung bei einem Arzt zur Hilfe in Sprechstunde, Buchführung u. Gefällige Offerten erbeten unter E. 4, Expedition dieser Zeitung. 20895

## Stellenangebote.

**Circa 8-15 Mann** können tüchtige, fleißige und redigebare Herren und Damen jeden Standes täglich durch den Verkauf unserer Hauslegen (Kleider), Käufer bequem möglich, leicht verdienen. Drucker & Co., Berlin N., Oranienburgerstraße 2. 1688\*

**Ausfuhr** für Arbeit- und Ausfuhrschwerer Arbeiter zum Möbeltransport, zuverlässig, fleißig, bei gutem Lohn, sucht Wilhelm Grassow, Reinickendorf, Raststraße 9. 1688\*

**Ein Silberarbeiter** auf Messerschalen wird gesucht. Gedrüber Sauerland, Sebastianstraße 84. 1113/1

**Tüchtiger Rahmenmacher** findet dauernde Beschäftigung. Goldbleichenfabrik, Alexandrinenstraße 26. 20835

**Hilfsmonteur**, bereits auf elektrischer Schwachstrom-Anlage gearbeitet, verlangt Lohn, Vorkingstraße 12. Sprechstunde 12 Uhr. 20885

**Tüchtige Hartgummi-Drechsler** auf Hartgummi Artikel verlangen Lohn u. S. Döwenstein, Große Hamburgerstraße 3. 76/9

**Korbmacher** auf Plunionskörbe verlangt Schiefinger, Wienerstraße 29.

**Junger Fotograf**, der sich im Nachschneiden von Galvanos ausbilden will, oder erfahrenen Graveur für große galvanoplastische Arbeit in Berlin baldigst sucht. Ausführl. Briefe Verwendungen unter F. 2002 an die Haupt-Expedition des Berliner „Vorking“-Anzeiger, Zimmerstraße 40/41.

**Rahmen-Arbeiter**, tüchtige, sucht Schulze, Oranienstraße 185. 20926

**Rahmenmacher** verlangt Edert, Große Hamburgerstraße 20. 76/10

**Blumen.** Geübte Arbeiterinnen und Arbeiterinnen, für feinen Genre, bei sehr hohem Lohn, Lehrling gegen sofortige Vergütung sucht Blumenfabrik Oranienstraße 140. 146/6

**Wäsche - Arbeiterinnen** verlangt Statler, Turmstraße 83, II. 112

**Wäsche-Arbeiterinnen** engagiert bei sofortigem Gehalt Merz Friedenthal, Brandenburgstraße 41.

**Sticker**, geübte, flotte und saubere Arbeiter bei hohem Recordlohn sucht Carl Vorn, Dresdenstraße 88/89.

**Haarputzerinnen**, Drehtreterinnen und Strumpfwirkerinnen finden lohnende Beschäftigung bei Vorn u. Sohn, Wallstraße 67. 20905

**Haarputzerinnen**, geübte, verlangt die Gedächtnisblätter Fabrik, Kleberstraße, Zumppe u. Co., Holzmarktstraße 67.

**Im Arbeitsmarkt** durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

## Fabrikation

e. beliebig bedeut. Konsumartikel (bei kleinen Anfängen sehr erweiterungsfähig) würde sich e. kapital. Kaufmann mit vorerz. klein. Kapital mit durch- aus sachkundigem, erprob. Arbeiter verbinden. Nur ausjähr. Offerten unter B. 4 an die Exped. d. Bl. 25006\*

**Tüchtige Tischlergesellen** auf Kasten-Einrichtungen verlangt **Beuss & Co.**, Andreasstr. 32. 20945

Für Berlin sofort: 1 tüchtiger **Rasser** (Bohrmaschine im Atelier), **1 Ringmacher**, **1 Trauringmacher**, **1 Goldpolierer**, **1 tüchtiger Reparatur** und **1 Renardeur**, **2 Goldarbeiter**-Lehrlinge verlangt **Arbeitsnachweis d. deutschen Goldschmiede** Holzmarktstr. 8. 71/13

**Arbeiter auf Kautschuk-typen** werden per sofort gegen hohen Lohn gesucht. Dst. nebst Ang. bis- heriger Tätigkeit erb. an 113/3\* **Max Kreutz**, Rheinbergerstr. 46 II.

**Tüchtige Portefeuille-Arbeiter** auf Unicum, Tresors, Wästel, keine Preisfragen und solche auf bessere Photographie-Rahmen geübt, finden sol. lohnende Beschäftigung bei **Edvard Fosen & Co.**, Offenbach a. Main. Reisevergütung nach Ueberreinfurt. 113/4\*

**Damen und Herren** jeden Standes, welche wirklich arbeiten wollen, verspreche gute Erhörung. Nach 4-6 Wochen feste Anstellung. Sprechstunden: Vorm. von 7-9, 107/12. Nachn. von 6-10.

**Strey, Inspektor.** Thaeerstr. 15, III, bei Metzger.

**Achtung, Holzarbeiter!**

In der Möbelfabrik v. Rob. Soelisch, Rigaerstraße 95/96, haben 31 Tischler, Drechsler, Bildhauer, Möbelpolierer und Maschinenarbeiter wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Desgleichen in der Luxusmöbelfabrik von **G. Bräuner**, Reinickendorferstraße 57, wo nach mehrmaligem Verhandeln eine Einigung nicht erzielt wurde.

Zug fernhalten. Die Ortsverwaltung. 121/7

**Achtung, Bautischler!**

Die Werkstellen **Rehner** und **Basedow** in Friedrichshagen stehen im Streik. 121/12  
Zug fernhalten.

## Achtung! Stock-, Schirm- und Celluloid-Arbeiter!

In der Celluloidwaren-Fabrik von **Hendelsohn-Weißig** sind nach Differenzen ausgesprochen, welche zu einer Kündigung sämtlicher Arbeiter führen. Es bitten die Kollegen, dies zu beachten.  
Der Vertrauensmann.

## Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.

**Osten:**  
Robert Wengels, Friedrichstr. 30, G. V. Vogel, Wwe., Kopenstr. 83. Chr. Schulz, Blumenstr. 14.

**Nordosten:**  
J. Meul, Barnimstr. 42.

**Norden:**  
W. Gohmann, Grünhaldenstr. 65. Karl Mars, Rakanien-Allee 95/96. Emil Stolzenberg, Wiesenstr. 14. V. Tegada, Stübchenstr. 24. G. Vogel, Demmlerstr. 32. H. Ties, Javalierstr. 124.

**Nordwesten:**  
Karl Anders, Solzweberstr. 8.

**Südwesten:**  
F. Chenevorge, Bergmannstr. 23, G. II. G. Schröder, Kreuzbergstr. 15.

**Süden:**  
Gans Bante, Dresdenstr. 52/53. G. Gutschmidt, Rothener Damm 8.

**Südosten:**  
Fritz Thiel, Schillerstr. 35. W. Gese, Brandenburgerstr. 21. Maria Weich, Waldenstr. 21.

**Centrum:**  
V. Gorch, Gipsstr. 77. H. Ties, Weitestr. 23.

**Charlottenburg:**  
Gust. Schaubert, Schillerstr. 94 I. **Friedenau:**  
G. Bernsee, Straßr. 15. **Friedrichshagen:**  
Anton Kopp, Friedrichstr. 4.

**Pankow:**  
Kummerl, Kaiser Friedrichstr. 15. **Rixdorf:**  
G. Chermann, Gipsstr. 6. G. Rehner, Hermannstr. 10.

**Schöneberg:**  
Wih. Bäumer, Apothekenstr. 13. **Weißensee:**  
Georg Buchmann, Weidenstr. 1. Julius Schiller, Rönigsdammstr. 39a. Rob. Liebsch, GutsMuths-Str. 16.

Verfassungen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen waren am Montagabend wieder vollständig versammelt, um über die weiteren Schritte im Verlauf der Lohnbewegung zu beraten.

Einladung nachkomme und etwaige Zugeständnisse machen wolle. Schließlich gelangte ein Antrag, an dem von den Arbeitern aufgestellten Lohnsatz festzuhalten, der Einladung aber Folge zu leisten, mit allen gegen zwei Stimmen zur Annahme.

Reinickendorf. Der Socialdemokratische Wahlverein für Reinickendorf und Umgegend hielt am 18. September seine Monatsversammlung ab.

Achtung! Heute abend 8 1/2 Uhr findet in der „Berliner Ressource“ eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der Reichstags-Abgeordnete Pfannkuch über den geschlossenen Abenschlusß und die Sonntagstrübe referieren werden.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin. Mittwoch, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr: Zusammenkunft in G. Feuerstein's Besälen, Alte Jakobstr. 75.

Gegründet 1879.

Geschäfts-Verlegung.

Heute, Mittwochnachmittag 5 Uhr, findet die Eröffnung meiner neuen Lokalitäten (8 große Schaufenster, tageshelle elektrische Beleuchtung) Große Frankfurter Straße 141, Ecke Fruchtstraße, statt, zu deren Besichtigung ich alle meine werten Kunden, Freunde und Gönner ganz ergebenst einlade.

Julius Lindenbaum

Berlin O., Große Frankfurter Straße 141, Ecke Fruchtstraße.

Herren- und Knaben-Garderoben. Specialität: Maßanfertigung.

Neu eingeführt: Knaben-Garderoben, Jagd- u. Sportartikel, Livreen und sämtliche Berufskleidung.

Geschäftsprinzip: Großer Umsatz — kleiner Nutzen!

Reelle feste Preise!

Grundstück mit Restaurationssaal und Garten in Niederschönhausen zu verpachten. Erforderlich 3-4000 Mark. Offerten unter C. 4 nimmt die Expedition dieser Zig. entgegen.

Schmöllner Original-Stoffwäsche. Grünert & Gerth, Schmölln S.-A. Fabrik-Lager Berlin SO., Reanderstr. 10. Neuheit in Chemisettes. D. R. G. M. 102 691. Hautschonend für Stehtragen. Praktisch! Billig! Dauerhaft!

Die als Reissensüßer benötigten Damen-Kostümröcke von 4,50-8 Mk., Jacken, Kostüme von 6-18 Mk., Golfcaps, Staub- u. Regenmäntel von 4,50-15 Mk. Stelle am 20. u. 21. Septbr. zum Einzelverkauf. Moritz Skutsch, Taubenstr. 23, II.

Möbel auf Abzahlung so billig wie bar. Eigene Polsterwerkstätte. Gr. Frankfurterstr. 1, Ecke Frieden-Strasse. J. Ostrowski jun.

4. Ziehung d. 3. Klasse 201. Kal. Preuss. Lotterie. Ziehung vom 18. September 1899. Nur die Gewinne über 100 Mark haben betriebsfähige Nummern in Klammern beigefügt. (Eine Gewähr.)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts and winning numbers.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts and winning numbers.

Möbel auf Kredit und ganze Wohnungs-Einrichtungen bei bescheidener Anzahlung und auf Jahre hinaus verteilten Ratenzahlungen. Central-Möbel-Halle, Kommandantenstr. 51, Ecke Alexandrinenstr.

1200 Gänse! Gänse! Gänse! Ich hab geschlachtet a Stck. 250 Stk. und 1000 fette Enten, geschlachtet, a Stck 1,25 Mk., auf dem Central-Vieh Hof zu haben, Restaurant Cibuloff, (Werderbühlstraße).

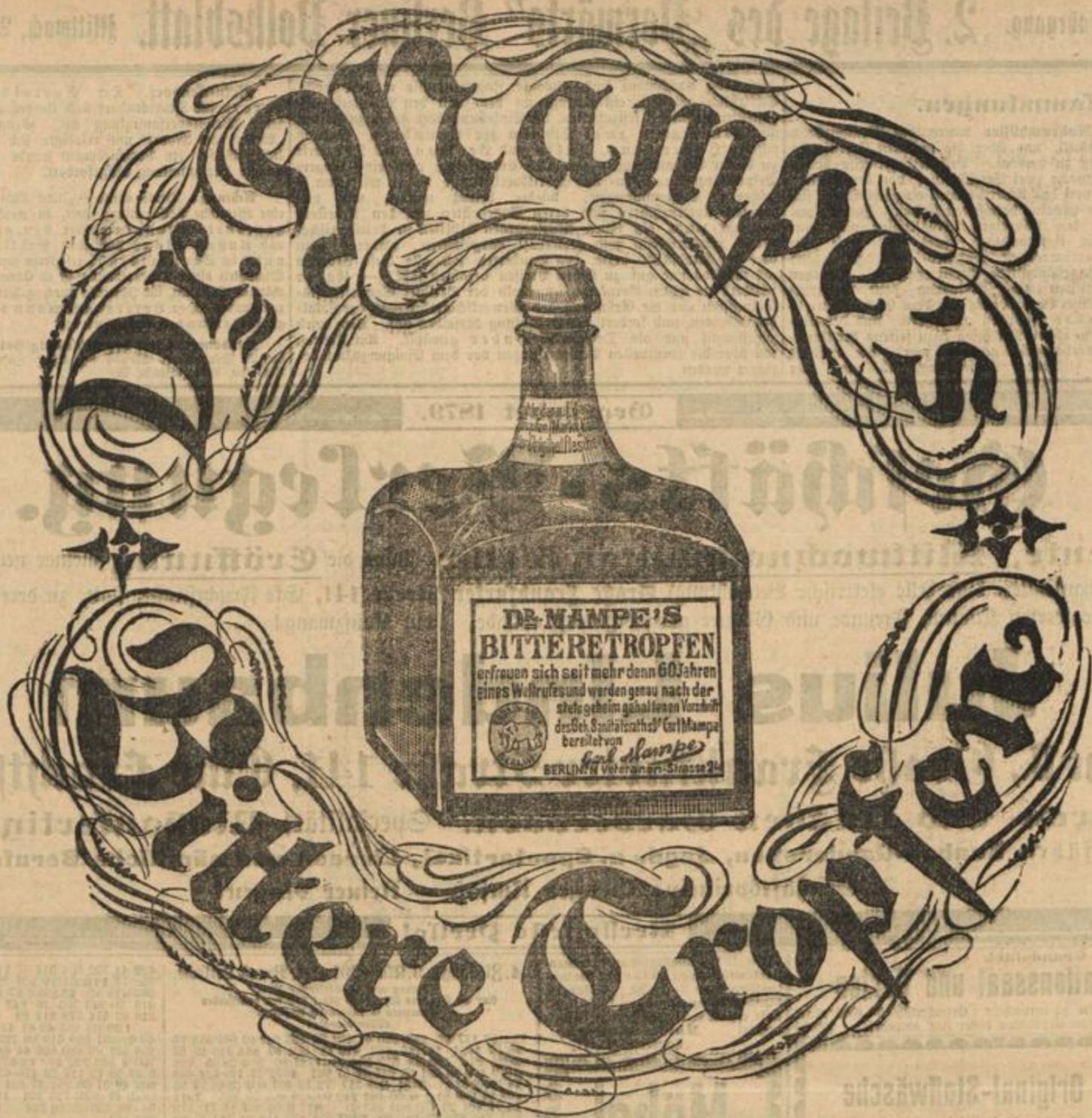
Hans Kayser, Götlicher Bahnhof, Platz 6. Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

Dr. Simmel, Moritzplatz, Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts. Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Möbel auf Teilzahlung. J. Kellermann, Prinzenstr. 97, parterre, Eingang vom Platz.

En gros. Roh-Tabak. En detail. Große Auswahl zu billigen Preisen. (Zehr preiswerte vorzüglich brennende Sumatras.) Rud. Völcker & Sohn, Berlin, Köpenickerstr. 45.

Trinkt vom Fass! Goldklares Weissbier aus der Weissbier-Brauerei „Friedrichstadt“. Julius Borsdorf, Neue Königstraße 31/32. Es ist das beste Weissbier und wird stets ohne Wasserzusatz verkauft!



Die von dem Geheimen Sanitätsrat Dr. Carl Mampes erfundenen bitteren Tropfen, im Volksmund kurzweg

# M a m p e

genannt, sind seit 60 Jahren in den meisten Berliner Familien bekannt. Der kräftige Geschmack und das wundervolle Aroma haben Mampes bittere Tropfen zu einem beliebten und unentbehrlichen Hausmittel gemacht.

**Die natürliche, aromatische Bittere von Dr. Mampes bitteren Tropfen wirkt belebend und verdauungsbefördernd.**

Dr. Mampes bittere Tropfen kommen nur in den oben abgebildeten Original-Flaschen zum Verkauf.

Man achte darauf, daß Mampes nur aus diesen

Flaschen verschänkt wird.

Dr. Mampes bittere Tropfen sind in den meisten Restaurationen, Delikatess- und Colonialwaren-Geschäften zu haben.

Preis:

pro  $\frac{1}{2}$  Flasche Mk. 1,75,

pro  $\frac{1}{4}$  Flasche

Mk. 1,-.

